Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

urn:nbn:de:gbv:45:1-43152

Visual Library

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschl. Bringerlohn 1,20 Mk, bei Selbstabholen von der Expedition 1,10 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,60 Mk., für zwei Monate 2,40 Mk., monatlich 1,20 Mk. einschl. Bestellgeld.

Redaktion und Hauptexpedition Peterstr. 76
Fernsprechanschluß 58, Amt Wilhelmshaven
—— Filiale Ulmenstraße 24. ——

Bei den Inseraten wird die 7-gespaltene Petitzeile oder deren Raum für die Inserenten in Rüstringen-Wilhelmshaven und Umgegend, sowie der Filialen mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 35 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Reklamezeile 85 Pf.

32. Jahrgang. Rüstringen, Mittwoch, den 24. April 1918. Nr. 95.

689000 Br.-R.-T. im Monat März versenkt.

(W. T. B.) Berlin, 23. April. (Amtlich.) Außerordentlichen Abbruch hat dem Schiffsraum der Entente der Tauchbootkrieg während des Monats März zugefügt. Es wurden von deutschen Tauchbooten versenkt 689 000 Brutto-Register-Tonnen. Damit ist die Gesamtsumme des versenkten Tonnenraumes auf 16 469 000 Brutto-Register-Tonnen gestiegen. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Der deutsche Abendbericht.

(W. T. B.) Berlin, 22. April, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

(W. T. B.) Wien, 22. April. Amtlich wird verlautbart: Der Geschützkampf an der Tiroler Südfront und in den Sieben Gemeinden hält an. Der Chef des Generalstabes.

Neue Wendungen in der äußeren Politik.

Es kann kaum ein Zweifel mehr daran sein, daß sich in der äußeren Politik der Mittelmächte neue Wendungen vorbereiten. Der Rücktritt des Grafen Czernin als Minister des Aeußern der Donaumonarchie ist die erste sichtbare Folge der Unstimmigkeiten, die in den maßgebenden politischen Kreisen in Oesterreich-Ungarn herrschen. Wir wollen hier ganz davon absehen, welche Schlußfolgerungen der bekannte Kaiserbrief im Zusammenhang mit Czernins Rücktritt hervorrufen muß. Viel wichtiger scheint uns die durch die Hinauszögerung des rumänischen Friedensschlusses geschaffene Situation. Es ist heute nicht mehr unbekannt, daß Rumänien an der Verzögerung die Schuld nicht trägt, sondern vielmehr die Meinungsverschiedenheiten, die über den Rumänenfrieden zwischen den Verbündeten aufgetreten sind. Ein Blick in die alldeutsche Presse vom Schlage der Deutschen Zeitung, der Deutschen Tageszeitung und der Weserzeitung bestätigt dies seit Wochen. Während Graf Czernin darauf hinaus wollte, möglichst reibungslos mit Rumänien aus dem Kriege zu kommen — vor allem wollte er sich in die inneren rumänischen Verhältnisse nicht einmischen — sind andere einflußreiche Kreise am Werke, um einer gegenteiligen Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Eine der Hauptfragen soll die Beseitigung der jetzt in Rumänien herrschenden Dynastie sein. Von Berlin aus wird erklärt, daran habe man kein Interesse, das sei eine Frage, die mehr Oesterreich-Ungarn betreffe. Nachdem Graf Czernin gestürzt ist, beeilen sich die alldeutschen Blätter zu verlangen, daß nun auch von Berlin aus diese österreichisch-ungarische Forderung nachdrücklich unterstützt werde. Darüber hinaus sind aber wohl auch noch wirtschaftliche Streitpunkte vorhanden, die den Grafen Czernin bestimmten, den Ministersessel zu verlassen.

Inzwischen kommen auch Meldungen, die darauf hinweisen, daß in Deutschland sich ebenfalls eine weitere Schwenkung im Sinne der Eroberungspolitiker vorbereitet. So wissen die Breslauer Neuesten Nachrichten aus sicherer Quelle zu melden, daß das polnische Kohlenbecken Dombrowo in die Provinz Schlesien einbezogen werden soll. Begründet wird diese Maßnahme natürlich mit strategischen Sicherungen. Heißt es doch am Schluß der Meldung des genannten Blattes: „Unter allen Umständen wird die strategisch wichtige Erhebung des St. Barbara-Berges deutsches Staatsgebiet, da sie in erhöhtem Maße einen natürlichen Grenzschutz Vorschub leistet.“ Wer da weiß, welchen Einfluß die Politiker um Stresemann auf die Reichsregierung gewonnen haben, wird solche Meldung zu würdigen wissen.

Schließlich ist auch eine estnisch-livländische Abordnung im deutschen Großen Hauptquartier eingetroffen, ist vom Reichskanzler empfangen worden und hat die neulich schon bekannt gegebene Entschließung des estnisch-livländischen Landesrates überbracht, die Länder unter deutschen militärischen Schutz zu nehmen in der Weise, wie es mit Kurland und Litauen geschieht. Nach dem Friedensvertrage mit Rußland unterliegen diese Länder noch der russischen Oberhoheit. Eine Erfüllung der Wünsche des estnisch-livländischen Landesrates, der keine Vertretung des estnischen und livländischen Volkes darstellt, würde eine Abänderung des russischen Friedensvertrages bedingen. Der Kanzler sagte allerdings den militärischen Schutz zu und versprach ferner die Unterstützung der Loslösungsversuche von Rußland. Die Frage der Verwirklichung mit der Krone Preußens wird noch geprüft. Der Kanzler begrüßte im Auftrage des Kaisers aber den landesrätlichen Wunsch, „einen einheitlich geschlossenen monarchisch-konstitutionellen Staat zu bilden unter einer Personalunion mit der Krone Preußens“. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten einer solchen Lösung werden von der rechtsstehenden Presse sehr leicht genommen. Sie empfiehlt einfach Uebergang zur Tagesordnung über die in Frage kommenden Punkte des Friedensvertrages mit Rußland. Um die Frage, wo bei einem solchen Verhalten der sonst propagierte gute Ruf der deutschen Zuverlässigkeit und Vertragstreue bleibt, kümmern sich diese Politiker natürlich nicht im mindesten.

*

Es versteht sich ganz von selbst, daß nunmehr auch die Frage auftaucht: kann der deutsche Staatssekretär des Aeußern, Herr v. Kühlmann, von den Ereignissen unberührt bleiben? Herr v. Kühlmann hat mehr als einmal erklärt, daß er mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen über die grundlegenden Fragen der zu treibenden Friedenspolitik völlig einig sei. Wenn das zutrifft, dann die sich vorbereitende Wendung der Dinge in der äußeren Politik nicht ohne Einfluß auf den deutschen Staatssekretär des Aeußern bleiben. Wir geben daher wieder, was unser Berliner Mitarbeiter über diese Frage schreibt:

„Herr von Kühlmann hat kürzlich einen Empfang der Fraktionsvertreter abgesagt, weil er wegen einer Halsentzündung das Zimmer hüten muß. Das wirkliche Vorhandensein dieser Halsentzündung wird mit beflissener Gewissenhaftigkeit von den verschiedensten Seiten bestätigt, nichtsdestoweniger erhält sich der Glaube, daß sich diese wirklich vorhandene Halsentzündung mit der üblichen Ministerkrankheit gefährlich kompliziert.

Auf die Treibereien der Alldeutschen gegen den Staatssekretär des Aeußern haben wir schon wiederholt hingewiesen. Herr von Kühlmann ist denen um Tirpitz verhaßt, weil er nicht einer von den ihren ist. Die Lichnowsky-Denkschrift wurde sofort dazu benützt, um zu einem Streich gegen den Mann auszuholen. Kühlmann war unter Lichnowsky Botschaftsrat, wird von ihm in der genannten Denkschrift sehr gelobt und war zweifellos wirklich vor dem Kriege Mitträger einer Politik, die auf eine Verständigung mit England ausging. Kühlmann hat den Kriegsausbruch mit Lichnowsky in London erlebt und hat damals zweifellos mit ihm in engster Gedankenverbindung gestanden, es ist aber nicht bekannt geworden, daß der damalige Botschaftsrat die Vorgänge anders gesehen hätte als sein damaliger Chef. Die Verteidigung der deutschen auswärtigen Politik im Juli 1914 hat Herr von Kühlmann seinem Vorgänger, dem Herrn von Jagow, überlassen.

Herr von Kühlmann war auch, wie fast alle Diplomaten, ein entschiedener Gegner des von den Alldeutschen propagierten unbeschränkten U-Bootkrieges. Was die Sozialdemokraten im Winter 1916/17 laut sagten und was sich im Frühjahr 1918 bestätigt hat, das sagten damals alle Diplomaten leise: die Berechnungen über den U-Bootkrieg sind falsch, wir werden durch ihn nicht England in kurzer Zeit zum Frieden, aber desto sicherer Amerika zum Krieg zwingen. Herr von Kühlmann soll sogar das Wort vom verdammten U-Bootkrieg geprägt haben, eine Todsünde, die ihm der größte U-Bootheld zu Lande, Graf Reventlow, niemals verzeiht.

Die dritte Beschwerde gegen Kühlmann geht dahin, daß er ein Anhänger des Parlamentarismus sei und eine zeitlang sogar die Absicht gehabt habe, mit der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 Ernst zu machen. Auch dies entspricht ungefähr den Tatsachen. Aber auch hier denkt oder dachte Herr von Kühlmann nicht anders, als so ziemlich alle Diplomaten denken, die während des Krieges ins neutrale Ausland hinausgekommen sind. Herr von Kühlmann sah in der Parlamentarisierung der deutschen Reichsregierung einen Vorgang, der der auswärtigen Politik des Reiches sehr nützlich werden könnte und förderte sie nach Kräften. Er hat mit unauffälliger Geschicklichkeit Hertling, Payer und Friedberg den Weg ebnen geholfen. Er hat damit sehr klug gehandelt, denn die Fortschrittler, von den ersten Leistungen seiner etwas blumigen Beredsamkeit entzückt, waren nahe daran, ihn selber als Reichskanzler auszurufen.

Herr von Kühlmann ging dann nach Brest-Litowsk. Während der Verhandlungen heimkehrend, beklagte er sich darüber, daß er mit Bindungen aus älterer Zeit belastet in die Verhandlungen eingetreten sei. Und das war in der Tat der Fall. Durch die unglückliche November-Proklamation war gegenüber Polen eine vollendete Tatsache geschaffen, der Anschluß Polens an das Habsburger Reich galt als ausgemachte Sache, und so ging man darauf aus, für das Hohenzollernreich Kompensationen zu suchen. Die „Befreiung“ der baltischen Länder wurde ins Werk gesetzt. Herr von Kühlmann bemühte sich bis zuletzt, einen Frieden zustande zu bringen, der dem Reichstagsbeschluß vom 19. Juli wenigstens scheinbar entsprach. Er hatte jedoch seine Rechnung ohne Trotzky und ohne den General Hoffmann gemacht, die Gegensätze prallten hart auf hart aneinander, das Militär proklamierte den deutschen Schwertfrieden, den die Bolschewiki als russischen Schmachfrieden bis auf Weiteres annahmen.

Es kamen die Verhandlungen mit Rumänien, deren Ergebnisse erst in Umrissen bekannt sind. Die alldeutsche Presse behauptet aber, Herr von Kühlmann hätte die deutschen Interessen gegenüber den österreichischen nicht genügend gewahrt, und sich von Grafen Czernin über das Ohr hauen lassen. Ueber die Gründe dieses angeblichen Versagens des deutschen Unterhändlers wurden die verschiedensten persönlichen Klatschgeschichten verbreitet. Und so glaubt jetzt die Deutsche Zeitung, als Resultat so vieler Bemühungen feststellen zu können: „Wir haben bereits vor mehreren Tagen verzeichnet, daß die Tage des Herrn von Kühlmann gezählt sind. Wir können dies heute nur wiederholen.

Herr von Kühlmann, der zweifellos ein kluger und begabter Mann ist, hat seinerzeit Hoffnungen erweckt, die sich nicht erfüllten. Damals hätte sich die Sozialdemokratie gegen seine Entfernung aus dem Amte mit der allergrößten Entschiedenheit aufgelehnt. Nach Brest-Litowsk für ihn einzutreten ist schwer. Sein Sturz könnte natürlich noch weiterreichende politische Folgen haben. Aber auch ihnen sieht man im Lager der Sozialdemokratie jetzt mit größerer Gelassenheit entgegen als zuvor. Die Erbschaft des 19. Juli soll liquidiert werden — aber was ist von ihr noch übrig?“

Vom Seekrieg.

Zur Versenkung des italienischen Dampfers Tripoli.

(W. T. B.) Rom, 22. April. (Stefani-Meldung.) Der Dampfer Tripoli, der den Dienst zwischen Sardinien und dem Festlande versieht, wurde am 17. März, 10 Uhr 20 Min. nachts, torpediert und versenkt. Der Marineminister ordnete eine strenge Untersuchung an, um die Umstände der Versenkung und die Vorgänge beim Rettungsdienst feststellen zu lassen. Die Untersuchung ergab, daß der Kommandant des Schiffes, der den Auftrag hatte, Tripoli zu geleiten, für die Versenkung verantwortlich zu machen sei. Er wurde demzufolge vor das Marinekriegsgericht gestellt. Außerdem wurde bei der großen Bedeutung des Verkehrs zwischen Sardinien und dem Festlande ein Ausschuß ernannt, um eine weitere Untersuchung über dieses schmerzliche Ereignis anzustellen. Auch wurden ferner Maßnahmen getroffen, um eine größere Sicherheit in der Verbindung zwischen Sardinien und dem Festlande zu ermöglichen.

Aus dem Westen.

Bereitet Foch einen allgemeinen Rückzug vor?

Frankfurt a. M., 22. April. Wie der Frankf. Ztg. aus Genf berichtet wird, bereitet die französische Presse das Publikum auf neue ernstliche Ueberraschungen vor und deutet an, daß bei den Besprechungen im Hauptquartier, denen Clemenceau am Freitag beigewohnt hat, unter anderem die Zerstörung der Kohlengruben von Bethune und Bruay beschlossen wurde. Man weiß also bereits, daß im Hauptquartier ein allgemeiner Rückzug vorbereitet wird, um dem neuen Generalissimus Foch die Bewegungsfreiheit zu einer Gegenoffensive zu verschaffen.

Der Angriff gegen die amerikanischen Stellungen.

Berlin, 21. April. Das Unternehmen gegen die Amerikaner beiderseits Seicheprey führte dank sorgfältiger Vorbereitung und gutem Zusammenwirken aller Waffen zu einem vollen Erfolge. Nach wirkungsvoller Feuervorbereitung durch die Artillerie und Minenwerfer, während der der Feind bereits schwerste Verluste erlitt, stürmten die Deutschen die Stellungen der gegenüberliegenden amerikanischen Division in 2½ Kilometer Breite und stießen teilweise bis zu 2 Kilometer Tiefe durch. Der Ort Seicheprey wurde erstürmt. Er lag voller amerikanischer Leichen. Um die Unterstände, Stützpunkte und Keller entspannen sich erbitterte Nahkämpfe, bei denen die sich tapfer wehrende Besatzung fast bis auf den letzten Mann umkam. Auch von einzelne Unterstandsgruppen im Remierewalde kam es zum Handgemenge. Hier waren die amerikanischen Verluste besonders hoch. Die anfangs mäßige artilleristische Gegenwirkung steigerte sich im Laufe des Tages von 10 Uhr 30 vormittags an, flaute aber schon nach 3 Uhr nachmittags wesentlich ab. Nördlich Beaumont sowie über Berricourt sah man feindliche Verstärkungen gegen 2 Uhr nachmittags heranmarschieren. Unser gut liegendes Vernichtungsfeuer faßte die dichten Marschkolonnen und zersprengte sie unter schwersten Feindverlusten. Um 5 Uhr 30 nachmittags wurde das Auffüllen der feindlichen Gräben am Jury-Walde beobachtet. Gleichzeitig stellten die deutschen Flieger weiter rückwärts feindliche Reserven fest und griffen sie sofort mit Maschinengewehrfeuer an. Gegen die dicht gefüllten Gräben am Jurywalde faßten zahlreiche deutsche Batterien ihr Feuer zusammen, das mitten in die bereitgestellten Sturmtruppen schlug. Nach Einbruch der Dunkelheit, nachdem die feindlichen Verteidigungsanlagen und Unterstände zerstört und gesprengt waren, wurden die genommenen Stellungen planmäßig und vom Gegner unbemerkt wieder geräumt. Dank der guten Vorbereitung der ganzen Unternehmung blieben die Verluste der deutschen kriegserprobten Truppen gering, während die kriegsungewohnten Amerikaner außer ungewöhnlich hohen blutigen Verlusten 5 Offiziere, darunter einen Hauptmann und einen Arzt, 178 Gefangene und 25 Maschinengewehre einbüßten.

Die Opfer der Fernbeschießung von Paris.

Basel, 22. April. Havas meldet: Das Blatt Excelsior gibt die Zahl der Opfer der Beschießung von Paris durch das Ferngeschütz an: Es gab im ganzen 354 Opfer; 118 Tote und 236 Verwundete. Das Bombardement dauert jetzt 29 Tage. — Die Gesamtzahl der Opfer der Fernbeschießung von Paris vom vergangenen Dienstag beträgt acht Tote und 28 Verwundete. Die Splitter eines Geschosses rissen die Steine aus dem Straßenpflaster. Eine zweite Granate fiel auf einen Bauplatz, wo ein Baumstamm glatt durchschnitten wurde. Ein drittes

Landesbibliothek Oldenburg

Geschoß fiel in eine Fabrik. Dort wurden drei Arbeiter getötet und 22 verwundet. Der Werkmeister der Fabrik wurde buchstäblich in Stücke gerissen. Ein anderes Geschoß riß eine Schaluppe auf der Seine in zwei Stücke. Die Matrosen warfen sich ins Wasser und kamen mit einem kalten Bade davon. An einer anderen Stelle wurden weitere drei Personen getötet und 12 mehr oder weniger schwer verletzt.

Englische Verluste.

Zürich, 22. April. Wie von London aus berichtet wird, weisen die englischen Verlustlisten vom 1. bis 14. April insgesamt 213864 Namen auf.

Von den türk. Kriegsschauplätzen.

Mißglückter englischer Vorstoß in Palästina.

(W. T. B.) **Konstantinopel**, 21. April. (Amtlicher Tagesbericht.) Palästinafront: Unter dem Schutze starken Artilleriefeuers machten mehrere englische Kavalleriebrigaden, denen auch Infanterie folgte, einen Vorstoß auf das östliche Jordanufer. In Gegenstoß wurde der Feind zurückgeworfen. Unsere Artillerie brachte ihm schwere Verluste bei. — Kaukasusfront: Unsere Bewegungen schreiten planmäßig vorwärts. — Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

Zum Kaiserbrief.

Aus der Geschichte des Briefes Kaiser Karls macht der Temps vom Donnerstag die interessante Mitteilung, daß die Ententekonferenz zu Saint Jean de Maurienne nicht, wie das bisher die französische Regierung behauptete, beschlossen habe, der Anregung Kaiser Karls keine Folge zu geben, sondern daß im Gegenteil sich die Ententekabinette bereit erklärten, in eine Unterhandlung einzutreten. Sie ließen den Kaiser Karl um ergänzende Erläuterungen bitten. Daraufhin überbrachte Prinz Sixtus den zweiten, bisher von Clemenceau merkwürdigerweise noch immer nicht veröffentlichten Brief Kaiser Karls. Erst auf dieses zweite Schreiben hin ließen die alliierten Kabinette mitteilen, eine Fortsetzung der Besprechungen käme nicht in Frage. Es scheint sich also die Enthüllung der Heure zu bestätigen, daß der zweite Brief den ersten korrigierte, oder besser gesagt, das Mißverständnis beseitigte, daß bei den Ententegegierungen durch die jetzt von Clemenceau veröffentlichte Fassung des ersten Briefes entstanden war. Laut Intransigeant war das erste kaiserliche Schreiben französisch abgefaßt. Die vom Prinz Sixtus dem Präsidenten übergebene Abschrift — nicht das Original, wie Havas gemeldet hat — ist mit Bleistift geschrieben. Die Veröffentlichung Clemenceaus stützt sich also auf eine nur offenbar beim Prinzen Sixtus rasch gemachte Abschrift. Clemenceau hat sich übrigens durch seine Enthüllungen einen Feind geschaffen, der militärisch ebenso ernst zu nehmen ist, wie politisch, nämlich die ganze sozialistische Opposition. Barthou, der frühere Außenminister, machte in der ersten Sitzung des Kammerausschusses für Auswärtiges Clemenceau wegen der Veröffentlichung des Kaiserbriefes die heftigsten Vorwürfe. Er nannte sie eine den einfachsten Regeln des diplomatischen Ehrenkodex zuwiderhandelnde Verletzung der Schweigepflicht.

Bei den Verhandlungen der französischen Parlamentsausschüsse über den Kaiserbrief hatte Clemenceau Angriffe Renaudels und Sembats zu bestehen. Nach der Donnerstagsitzung des Kammerausschusses machte Violette seiner Aufregung in den Wandelgängen öffentlich Luft und schonte dabei auch Clemenceau nicht. Die Veröffentlichung des Kaiserbriefes sei unbegreiflich, sie habe nur dazu geführt, daß Kaiser Karl jetzt seine Kanonen an der Westfront sprechen lasse. Habe Clemenceau das gewollt? Für das Verhalten Ribots sei kein Vorwurf zu schwer. Violette setzte Ribot seinen Standpunkt persönlich in einem entsprechenden energischen Schreiben auseinander. Zwischen den beiden Exministern entspann sich ein reger Briefwechsel. Ribot schrieb Violette, er habe sich gegenüber Präsident Poincare verpflichten müssen, den Kaiserbrief vor dem Ministerrat zu verschweigen. Violette schrieb zurück, wenn Ribot auf dieses Verlangen Poincares eingegangen sei, dann habe er eben verfassungswidrig gehandelt. Die Korrespondenz zwischen Ribot und Violette ist von Renaudel den Parlamentsausschüssen vorgelegt worden.

Schulmeister Branting.

In einem Leitartikel des Stockholmer Sozialdemokraten, den er Die letzte Kapitulation übertitelt, setzt Branting seine Schulmeisterei der deutschen Partei fort. Um seinen schweren Tadelsvoten größeres Gewicht zu geben, verteilt er sogar ein paar schwache Lobstriche. Er habe sich stets geweigert, die ganze deutsche Parteimehrheit als „Sozialisten des Kaisers anzusehen. Zwar habe die Mehrheit in der Frage des Selbstbestimmungsrechts vom „kerndeutschen Land Elsaß-Lothringen“ halt gemacht — ein Standpunkt, den Branting tadelnd mit der Haltung der Finnländer in der Alandsfrage in Parallele stellt, — aber über die großen Prinzipien habe sie doch dieselbe Sprache gebraucht wie die übrigen Sozialisten, und sie habe die Mehrheit des deutschen Reichstages zur Annahme der Friedensresolution vom 19. Juli vermocht. Aber seit jenen Tagen, in denen Branting leidlich mit uns zufrieden war, habe sich die Situation ungemein verändert. Der Zusammenbruch Rußlands habe nicht nur die militärische Lage der Entente, sondern auch die Geister in Deutschland zerrüttet. Zwar sei immer noch während der Friedensverhandlungen eine Kritik seitens der Sozialdemokratie bemerkbar gewesen, aber die Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den russischen Frieden ist nach Branting der Ausdruck einer „Kapitulationsstimmung“.

Besonders empört ist Branting, weil das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie geschrieben hat, daß angesichts des unbeugsamen Kriegswillens der westlichen Ententegegner diese es sich selber zuschreiben müßten, wenn auch der deutsche Sozialdemokrat den Sieg im Westen als den einzigen Weg begrüße, um aus dem Kriegselend herauszukommen. Branting zitiert diesen Satz allerdings nicht so sinnentsprechend, wie wir es hier tun. Er behauptet, daß in diesem Wunsch nach dem deutschen Sieg eine Preisgabe des belgischen Selbstbestimmungsrechts liege (?), und daß eine Partei, die in dieser Weise das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausüben wird, „damit selber ihren Austritt aus der Internationale anmeldet“. Habe wirklich der Vorwärts in diesem Artikel vom 8. April im Namen der Partei gesprochen, dann gebe es offenbar keine Möglichkeiten mehr für eine gemeinsame Plattform mit dem Sozialismus, der auf das Recht und die Freiheit der Völker hält und diese durch den Sieg der Arbeiterklasse für die Welt erreichen will.

Branting mutet der deutschen Sozialdemokratie etwas viel zu. Wenn die deutsche Arbeiterschaft, nachdem die Gegner über ein Jahr lang jede Verständigung schroff abgelehnt und die dargebotene Friedenshand immer wieder zurückgewiesen haben, nicht mehr auf den Sieg als letzte Möglichkeit zur Beendigung des Krieges hoffen darf, so muß sich ihre logischerweise einzige Hoffnung auf Beendigung des Mordens auf die Aussicht einer deutschen Niederlage gründen. Eine weitere Möglichkeit bleibt nicht. Da zieht die deutsche Arbeiterschaft denn doch den Sieg vor. Herr Branting, der vom sicheren Port des neutralen Landes dem Kriege zuschaut, mag sich darüber entrüsten, daß die deutsche Arbeiterschaft so sehr auf den Frieden erpicht ist, daß sie selbst einen Frieden, der nicht allen sozialistischen Forderungen entspricht, der uferlosen Verlängerung des Krieges vorzieht. Aber die deutsche Arbeiterschaft, die jeden Tag der Kriegsfortsetzung mit ihrem Blute bezahlt, hat das Recht, darüber anders zu denken, als ihr Schulmeister in Neutralien. Soweit durch die Betonung sozialistischer Prinzipien der Krieg verkürzt werden kann, ist die deutsche Sozialdemokratie nicht müde geworden, diese zu verfechten. Aber den Krieg um des Sozialismus willen zu verlängern und den Friedensschluß um feinetwillen zu vereiteln, das muß sie ganz entschieden ablehnen.

Politische Rundschau.

Rüstringen, 23. April.

Die Verhandlungen über das neue Wirtschaftsabkommen mit Holland. Zur Erneuerung des am 31. 3. abgelaufenen Wirtschaftsvertrages finden zurzeit zwischen Deutschland und Holland Verhandlungen statt auf der Grundlage, daß deutscherseits Kohlen und Holz, holländischerseits Nahrungsmittel, Butter, Käse, Gemüse und Futtermittel geliefert werden sollen. Ferner finden zwischen der deutschen und der holländischen Kommission zurzeit Verhandlungen statt zur Herbeiführung einer Vereinbarung betr. den Austausch von in Holland liegendem Schiffsraum gegen Schiffe, die sich in der Macht der Entente befinden und zur Fahrt mit Getreide nach Holland bestimmt sind. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird voraussichtlich in wenigen Tagen der holländischen Regierung übermittelt werden.

Sozialdemokratische Anträge zum Militäretat. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Hauptausschuß folgende Anträge eingebracht: den Reichskanzler zu ersuchen,

1. zu veranlassen, daß die Entschädigung der auf Selbstverpflegung angewiesenen Mannschaften von 2 Mark auf 2,50 Mark, in Berlin auf 3 Mark für den Tag erhöht wird;
2. darauf hinzuwirken, daß den deutschen Kriegsgefangenen die Zeit ihrer Gefangenschaft als Dienstzeit angerechnet wird;
3. daß jedem Angehörigen des Mannschaftsstandes, soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, bei der Entlassung aus dem Heeresdienst eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Stiefel kostenlos überlassen werden;
4. zu veranlassen, daß die Verordnung vom 24. Januar 1918, betreffend Wegfall von Zulagen, schleunigst aufgehoben wird;
5. mit aller Beschleunigung eine Erhöhung der Bezüge der militärischen Friedenspensionäre aus dem Mannschaftsstande herbeizuführen;
6. dahin zu wirken, daß den länger als drei Jahre dienenden Mannschaften eine Zulage, nach der Länge der Dienstzeit bemessen, gewährt wird.

Was die bürgerliche Presse über die neuen Steuern hört. Wir lesen in verschiedenen Blättern: „Die in den letzten Tagen bereits stattgehabten lebhaften Verhandlungen der Fraktionen über die Steuervorlagen werden fortgesetzt. Wie wir hören, verdichten sich die Anschauungen der Fraktionen immer mehr zu der Forderung einer Art Wehrbeitrag, um Heranziehung namentlich der Kriegsgewinne und der Freilassung der kleinen Sparer. Des weiteren wird mit einer Staffelung der Umsatzsteuer gerechnet, und zwar sowohl unter Berücksichtigung der Art der Werke, wie unter Berücksichtigung der Höhe des Geschäftsumsatzes.“ — Wir werden uns an dem Rätselraten nicht beteiligen, ebenso wenig wie an dem Herumschnüffeln an den mitunter undichten Türen der Fraktionszimmer.

Litauens Herzogshut für einen sächsischen Prinzen. Aus Berlin wird gemeldet: „Der Kronprinz von Sachsen ist gestern in Berlin eingetroffen und hat im Laufe des Abends die führenden Parlamentarier gesprochen und wird morgen die Staatssekretäre und Staatsminister bei sich sehen. Es ist nicht uninteressant, in diesem Zusammenhang zu erfahren, daß die litauische Frage im Sinne einer Personalunion zwischen Litauen und Sachsen ihre Erledigung finden dürfte.“ — Das überrascht nicht mehr.

Der bulgarische Gesandte in Berlin erkrankt. Wie die Weserzeitung hört, ist der Berliner bulgarische Gesandte Exz. Rizoff erkrankt, so daß er nicht in der Lage ist, wie ursprünglich beabsichtigt war, auf längere Zeit nach Moskau zu gehen.

Gefangenenaustausch. Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet: Die Hospitalschiffe Sindoro und Zeeland sind Sonntag abend eingetroffen. Sie brachten 62 Offiziere mit, die in Holland interniert werden sollen. Ferner einen Offizier, 5 Mannschaften, 50 Mann Sanitätspersonal sowie 135 Zivilgefangene, die nach Deutschland befördert werden.

Zum Austausch gefangenen Sanitätspersonals. (Amtlich.) Nach den Bestimmungen des Genfer Abkommens sollen die kriegführenden Mächte das in Gefangenschaft geratene Sanitätspersonal gegenseitig austauschen. Der Austausch erfolgt auf Grund von Listen, die der Heimatstaat aufzustellen hat. Behufs Beschleunigung des Austausches ist

Feuilleton.

Marine-Grenadiere.

Aus dem Felde wird uns geschrieben: Den Ehrennamen „Marine-Grenadiere“ hat der Kaiser der vielerprobten Sturmabteilung des Marinekorps verliehen. Franzosen, Engländer und Belgier haben ihren Schneid gleichermaßen zu spüren bekommen. Letztere mußten am 4. März d. J. wieder 30 Gefangene in der Hand der tapferen Grenadiere lassen und erlitten außerdem noch schwere Verluste.

Leutnant Thomsen aus Kiel, der für die Führung des Unternehmens bestimmt worden war, hatte schon in den vorhergehenden Nächten mit einer ausgewählten Schar das Gelände aufs genauste erkundet, die Uebergänge über die breiten Wassergräben festgelegt und die feindlichen Verteidigungsanlagen in die Karte eingezeichnet. Der Feind hatte sich in Drahthindernisse dicht eingesponnen, leicht war es nicht, sich hier durchzuarbeiten. Am 27. Februar kamen Leutnant Thomsen und Offiziersstellvertreter Ramcke aus Schleswig mit einigen Leuten sogar durch die ersten Hindernisse des Feindes hindurch bis auf 30 Meter an das Haupthindernis heran, und konnten so die Stellung gut beobachten. Auf dem Rückwege lief ihnen ein belgischer Patrouillenposten in den Weg. Leutnant Thomsen ließ ihn auf drei Schritt herankommen, warf ihn dann zu Boden und entwaffnete ihn.

So blieb dem Feind das geplante Unternehmen verborgen, bis in der Nacht vom 4. zum 5. März die beiden Stoßtrupps Thomsen und Ramcke auf Stegen die Wassergräben überschritten und bereits die ersten Hindernisreihen hinter sich hatten. Erst beim Durchschneiden eines acht Meter breiten Pfahlhindernisses wurde der Feind aufmerksam und Maschinengewehrfeuer setzte ein. Ein Feuerwirbel unserer Artillerie brachte die Gegenwehr zum Schweigen. Die Stoßtrupps konnten das Hindernis völlig durchschneiden, ein weiteres sprengen und brachen mit Hurra in den feindlichen Graben ein. Mit wenigen Handgranaten erledigte Ramcke ein Maschinengewehr, das noch Widerstand zu leisten versuchte. Vor dem rücksichtslosen Draufgehen des Stoßtrupps Ramcke wichen die Belgier nach kurzem Kampfe nach Norden aus und liefen so dem Stoßtrupps Thomsen gerade in die Arme. Aus einigen Unterständen schoß der Gegner noch mit Pistolen. Mit Handgranaten mußten diese Unterstände gesprengt werden. Eine von innen verrammelte Tür gab einer geballten Ladung nach. Erst als jeder Widerstand gebrochen war, trat man den Rückmarsch mit 30 Gefangenen an. Die Gefangenen gerieten in das Feuer ihrer eigenen Artillerie und hatten große Verluste. Ein feindlicher Posten, der von der Flanke her auf die zurückgehenden Stoßtrupps zu feuern versuchte, wurde durch wohlgezielte Pistolenschüsse des Leutnants Thomsen und Offiziersstellvertreters Ramcke zum Schweigen gebracht.

Das Unternehmen war trotz der starken Verteidigungsanlagen und Gegenwirkung des Feindes restlos geglückt. Den Teilnehmern, besonders dem Offiziersstellvertreter Ramcke, der schon sein viertes Unternehmen erfolgreich durchgeführt hat, wurde die Anerkennung der Vorgesetzten reichlich zuteil.

Oberleutnant von Heimburg,
Offizierkriegsberichterstatter.

Der Infanterist.

Die höchste Gunst beim Publikum
Hat doch der U-Boot-Fahrer,
Bei dem gemeinen Infanterist
Da ist die Gunst schon rarer,
Auch rühmt man sehr die Fliegerschar,
Die hoch die Luft durchkreiset,
Doch dem gemeinen Infanterist
Gar selten einer preiset.

Da steht er, das Gesicht beschmiert,
Zwölf Tage nicht gewaschen,
Den Magen leer, die Wangen hohl,
Kein Vorrat in den Taschen,
Man sieht ihn an der Rübe kaun,
Die er im Feld gestohlen,
Er beißt hinein mit Todesmut,
Denn sonst war nichts zu holen.

Dazu trägt er sein schwer Gepäck,
Am Riemen Handgranaten,
Das Schanzzeug und zwei Taschen dick
Mit Munition beladen.

Kurz, alles was der Mann gebraucht,
Das trägt er auf dem Rücken,
Und hat er einmal schlapp gemacht,
So heißt's: „Er will sich drücken.“

Wenn Tod und Hölle um ihn pfeln,
Es kann ihn nicht erschrecken,
Nur feste druff, so ruft die Pflicht,
Und nirgends bleibt er stecken,
Er fährt in keinem U-Boot nicht,
Auch Flügel hat er keine,
Er ist ja nur ein Infanterist,
Ihn tragen seine Beine.

Das ist der deutsche Infanterist,
Und wollt ihr mal probieren,
Hängt fünfundsiebzig Pfund euch um
Und tut dann stramm marschieren,
Bei Sonnenglut und Regenguß
Im Angriff durch die Sümpfe,
Und auch zur kalten Winterszeit
In Stiefeln ohne Strümpfe.

Nun wißt ihr, wem der Ruhm gebührt,
Und kann er auch nicht fliegen,
Und fährt er auch im U-Boot nicht,
Kann laufen er und siegen.
Hut ab vor diesem Held im Dreck,
Ihr braucht euch nicht zu schämen,
Mit Stolz könnt Ihr, reicht er sie euch,
Die schmutzige Pfote nehmen.

Ein Feldgrauer.
Die Wacht im Westen, 10. Armee.

*

Humor und Satire.

Liebe Jugend! Die kleine Gisela betrachtet Schule und Schularbeiten als notwendiges Uebel. Um sich die häuslichen Arbeiten so leicht wie möglich zu machen, sagt sie ununterbrochen die Mutter um Rat. Nach einer von diesen Auskünften sagt die geplagte Mutter: „Gisla, wirst Du später auch mal Deinen Kindern ebenso Antwort geben können wie ich Dir?“ Darauf die Kleine mit Bestimmtheit: „Mutti, das werd' ich nicht nötig haben, meine Kinder werden klüger sein als Deine!“

Landesbibliothek Oldenburg

es notwendig, daß die mit Aufstellung dieser Listen beauftragte Sanitätspersonalabteilung des Kriegsministeriums möglichst frühzeitig Namen, Dienstgrad und Truppenteil der in Gefangenschaft geratenen Sanitätspersonen und das Gefangenenlager, in dem sie sich befinden, erfährt. Dieses ist am besten erreichbar, wenn die Angehörigen der in Gefangenschaft geratenen Sanitätspersonen sofort nach Empfang der ersten Nachricht aus der Gefangenschaft der Sanitätspersonalabteilung des Kriegsministeriums entsprechende Mitteilung machen.

Aenderungsanträge für das bayerische Landtagswahlgesetz. In der bayerischen Abgeordnetenkammer sind zwei Anträge eingegangen, die sich auf die Aenderung des Landtagswahlgesetzes beziehen. Der liberale Antrag Dr. Hammerschmid schlägt vor, daß an die Staatsregierung die Bitte gerichtet wird, für die bevorstehende Herbsttagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Einführung der Verhältniswahl bei den Landtagswahlen für das ganze Land in Verbindung mit der bisherigen Wahlkreiseinteilung vorsieht. Den Antrag haben außer der liberalen Fraktion auch noch die Sozialdemokraten und der bayerische Bauernbund unterzeichnet. Der Antrag wird auch von seiten der linksstehenden Parteien unterstützt. Hierzu parallel wurde ein Antrag vom Zentrum eingebracht. Dieser ersucht die Staatsregierung, dem Landtag in der nächsten Tagung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Landtagswahlgesetz vom April 1916 dahin geändert wird, daß in den Großstädten München, mit Einschluß von München Land, Nürnberg-Fürth, Augsburg, Augsburg-Land und Ludwigshafen die Verhältniswahl eingeführt und denselben auf Grund der Volkszählung von 1910 auf je 42 200 Einwohner ein Abgeordneter gewährt wird. Wenn die Einwohnerzahl dieser Wahlkreise sich so weit erstreckt, daß in denselben auf einen Abgeordneten um 50 Prozent mehr Einwohner treffen, als der Durchschnitt des ganzen Landes beträgt, so soll denselben je ein weiterer Abgeordneter gewährt werden. — Das Berl. Tagebl. bemerkt zu dem Zentrumsantrage: „Der Antrag des Zentrums bezweckt wiederum, die gerechte Forderung der Linksparteien nach einer Verhältniswahl, die einen ihren Wählern gerechten Besitzstand verlangt, zu hintertreiben. Das Zentrum möchte vielmehr mit diesem seinem Antrag für sich noch fürstigere Wahlverhältnisse haben."

Schule und Religion. In Baden wird jetzt über die Schaffung eines neuen Fortbildungsschulgesetzes beraten. Gegenüber dem bestehenden bringt der Gesetzentwurf der Regierung eine Erweiterung der Schulzeit für Knaben von zwei auf drei und für Mädchen von einem auf zwei Jahre. Die wöchentliche Unterrichtszeit wird von zwei auf vier Stunden erhöht und die Möglichkeit gelassen, daß eine Ausdehnung aufwöchentlich 10 Stunden durch Ortsstatut erfolgen kann. Ein Streit entstand über die Einführung der Religion als Unterrichtsfach in den Fortbildungsschulen. In dem seit dem Jahre 1874 bestehenden Fortbildungsschulgesetz ist Religion als Unterrichtsgegenstand nicht enthalten. Das Zentrum beantragte aber jetzt die obligatorische Einführung des Religionsunterrichts, während die Regierungsvorlage die fakultative Einführung durch ortsstatutarische Regelung zuließ. Die Schulkommission beschloß mit 13 Stimmen der Nationalliberalen, des Zentrums und der Konservativen, gegen vier Stimmen der Sozialdemokraten und der fortschrittlichen Volkspartei die obligatorische Einführung. Das Zentrum will, daß nach Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule, dieser auch auf die Handels- und Gewerbeschulen übertragen wird. Dagegen sind die Nationalliberalen wohl für die Einführung dieses Faches in der Fortbildungsschule, aber nicht in der Gewerbe- und Handelsschule. Damit ist für die Nationalliberalen eine neue Situation eingetreten, und sie prüfen augenblicklich, ob sie nun noch ihre Zustimmung zur obligatorischen Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule aufrechterhalten können. Die Verhandlungen der Schulkommission sind zunächst abgebrochen. Inwieweit eine Einigung möglich ist, steht dahin. Stimmen die Nationalliberalen gegen die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule, kommt das Fortbildungsschulgesetz nicht zustande.

England.

Neue Steuern. Bonar Law hat im Unterhause neue Steuervorlagen unterbreitet. Man erwartet eine Erhöhung der Besteuerung der großen Einkommen, ferner eine Erhöhung der Bier-, Tabak- und Zuckersteuer, sowie eine neue Besteuerung von Luxusartikeln, darunter teuere Kleider. Es müssen ungefähr eine Million Pfund Sterling neue Gelder eingebracht werden.

Japan.

Der Anfang oder das Ende? Der Lok.-Anz. berichtet aus Genf: Eine Note der japanischen Regierung an die Ententeregierungen betont, die japanische Aktion in Sibirien habe mit der Truppenlandung in Wladiwostok nicht begonnen, sondern ihren Abschluß gefunden. Japan erklärt in dieser Note formell, daß es einen Vormarsch ins Innere Rußlands nicht unternehmen werde, da das Vorgehen in Wladiwostok einen lokalen Charakter habe.

China und Japan.

Ein neuer Geheimvertrag? Die Daily Mail meldet aus Tientsin, daß nach Meldungen chinesischer Blätter ein wichtiger geheimer Vertrag zwischen China und Japan geschlossen wurde.

Parteinachrichten.

Der Kampf um das Vereinsvermögen. Im August 1917 trat ein Teil der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Hockenheim unter Mißachtung aller demokratischen Grundsätze zu den Unabhängigen über. Eine Mitgliederversammlung vom 12. August 1917 beschloß, am 9. September eine Versammlung abzuhalten, um dort über einen Antrag, den „Uebertritt zu den Unabhängigen" zu vollziehen, sich schlüssig zu werden. Die Leitung des Ortsvereins, die sich zu den Unabhängigen bekannte, fürchtete die in dieser Versammlung zu erwartende politische Abrechnung und erzwang den Uebertritt in einer schon am 23. August 1917 abgehaltenen „außerordentlichen Versammlung", die von 25 Mitgliedern besucht war, wovon 22 für und drei gegen den Uebertritt stimmten. Zu dieser Versammlung waren nicht alle Mitglieder eingeladen. Am 29. August berief der Parteisekretär des Wahlkreisvereins Mannheim — zu dem Hockenheim gehört — eine Mitgliederversammlung ein, die von 36 Mitgliedern besucht war, und diese beschloß, den Verein auf der früheren Grundlage weiterzuführen. Die 23 Mitglieder, die den Uebertritt zu den Unabhängigen beschlossen hatten, beschlossen gleichzeitig, das Vermögen des Vereins und die Vereinsutensilien für sich zu behalten. Es handelt sich um einen Barkassenbestand von 418,09 Mark, um eine größere Vereinsbibliothek sowie um sonstige Vereinsutensilien. Die der sozialdemokratischen Partei treu gebliebenen Mitglieder beschlossen, das Vereinsvermögen und die Vereinsutensilien für sich zu beanspruchen. Ein entsprechender Beschluß wurde gefaßt und der Wahlkreisvereinsvorstand beauftragt, das Weitere zu veranlassen, um das Vereinsvermögen wieder zurückzugewinnen. Vom Parteisekretär Genossen Strobel wurde die gütliche Herausgabe der Vereinsutensilien und des Barvermögens von der Leitung des Unabhängigen Ortsvereins versucht. Darauf ließen sich die Unabhängigen jedoch nicht ein, und in einem von ihnen herausgegebenen Flugblatt behaupten sie, daß die der sozialdemokratischen Partei treu gebliebenen Mitglieder nicht den alten Verein bildeten, sondern daß ihre Vereinigung eine neue Vereinsgründung darstelle. Es wurde Klage notwendig. Durch eine einstweilige Verfügung wurde das Barvermögen und ein Teil der Vereinsutensilien in behördliche Verwahrung genommen. Am Freitag den 19. April wurde nun nach mehreren Terminen von dem Mannheimer Landgericht das Urteil verkündet. Dieses Urteil hat das Vereinsvermögen und die Vereinsutensilien den Mitgliedern, die der sozialdemokratischen Partei treu geblieben sind, zugesprochen, den Unabhängigen wird jeder Anspruch darauf bestritten.

Lokales.

Rüstringen, 23. April.

Eine Sitzung der Stadtgebietsvertretung fand gestern im Rathause Zedelisusstraße statt. Der Voranschlag für das nächste Rechnungsjahr wurde nach der Vorlage angenommen. Eine lebhafte Aussprache fand über die Tatsache statt, daß der Steuerzuschlag für die Bewohner des Stadtgebietes 6 Prozent höher ist als für die Bewohner der inneren Stadt. Es wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß die Bewohner des Stadtgebiets, die seinerzeit mit größter Begeisterung für die Vereinigung der drei Gemeinden zu einer Stadt gewirkt und gestimmt hätten, nunmehr sehr aufgebracht seien, daß das Stadtgebiet steuerlich schlechter behandelt werde wie die innere Stadt. Es wurde beschlossen, beim Gesamtstadtrat zu beantragen, daß von den Ueberschüssen des Elektrizitätswerkes eine entsprechende Summe in den Etat des Stadtgebietes eingestellt werde, um einen Ausgleich herzustellen. Solche Maßnahme sei durchaus gerechtfertigt, da das Stadtgebiet auch zu den Erträgnissen des Elektrizitätswerkes beitrage. Beschlossen wurde ferner, im Stadtgebiet die Straßenbeleuchtung in der Zeit vom 15. Mai bis 1. August, also während der Zeit der langen Nächte, ganz einzustellen.

Auszeichnungen. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhielt der Fahrer Adolf Möller, Sohn des Schlossers Möller hier. Desgleichen der Ober-Sanitätsgast Karl de Boer, Sohn des Malers Karl de Boer. Dieser hat auch das Friedrich-August-Kreuz erhalten. Die gleiche Auszeichnung erhielt der Musketier Wendler, Sohn des Tischlers Arthur Wendler, nachdem er vor einigen Monaten das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten hatte.

Ein schändlicher Diebstahl ist vor einigen Tagen in der Grenzstraße verübt worden. Es wurde in den Keller der Arbeiterfrau W. eingebrochen und daraus 7 Zentner Kartoffeln und 15 Zentner Steinkohlen und Briketts gestohlen.

Wilhelmshaven, 23. April.

Es geht etwas vor, man weiß nur nicht was. In den letzten Tagen weilte der Oberpräsident der Provinz Hannover und der Regierungspräsident von Aurich nebst einigen Geheimräten der Ministerien des Innern und der Finanz hier, um eine Ortsbesichtigung vorzunehmen und Verhandlungen mit den hiesigen staatlichen und städtischen Behörden zu pflegen. Die Verhandlungen waren natürlich streng vertraulich. Was über die Verhandlungen im Publikum erzählt wird, beruht also nur auf Vermutungen oder auf dem Hörensagen. Das Wilhelmshavener Tageblatt und der Wilhelmshavener Korrespondent der Weserzeitung wissen von Ergebnissen zu berichten, die erhoffen lassen, daß die Verhandlungen dazu führen, daß dem Flecken Wilhelmshaven bald die Stadtverfassung verliehen wird. Ob das so sicher ist, erscheint sehr zweifelhaft. Man kann nicht gut annehmen, daß wegen einer so wenig bedeutenden Maßnahme, wie die Verwandlung des Fleckens Wilhelmshaven oder richtiger der Landgemeinde mit städtischer Verwaltung in eine wirkliche Stadt sie darstellt, sich der Oberpräsident mit einem Stab von Geheimräten hierher bemüht. Viel mehr kann man annehmen, daß es sich um eine größere Sache handelt, an die viele Einwohner denken, nämlich an die Abtretung Wilhelmshavens an Oldenburg und die Verschmelzung Wilhelmshavens mit Rüstringen. Eine bessere Vorbereitungszeit für eine solche Tat konnte es gar nicht geben als der Weltkrieg ist, in welchem die beiden Stadtverwaltungen unter Leitung des Festungskommandanten für die Wahrung und die Förderung der Lebensinteressen der Bewohner beider Gemeinwesen arbeiten mußten und auch gearbeitet haben.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Kriegswohlfahrtsspiele. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Aufführungen der Oper Der fliegende Holländer pünktlich 8 Uhr beginnen. Zu spät Kommende können erst nach der Ouvertüre Einlaß finden.

Volkstheater. Mit dem 30. April endigt der Winterspielplan. Die nächste Winter-Spielzeit beginnt am 17. August. In der Woche vom 23. bis 30. April finden Einakterabende statt. — Vom 1. Mai bis 17. August hat Herr Direktor Michels die Spielleitung des Theaters übernommen.

Aus aller Welt.

Für 200 000 Mark Seide verschoben. Eine große Schiebung mit Seide ist von der Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Der Kutscher und fahnenflüchtige Soldat Hermann Gorsicke verschaffte sich unter dem Namen Möller Stellung bei einem Spediteur. Dieser vertraute ihm unter anderen Ladungen auch Seidenstoffe von mehr als 200 000 Mark an. Statt sie nach ihrem Bestimmungsort zu befördern, ließ Gorsicke sie durch vier ihm bekannte Männer stehlen und mit Handwagen zu drei Hehlern schaffen. Der Anstifter und die Diebe erhielten für die ganze Ladung 8000 Mark. Als Beamte des 5. Kriminalbezirks der Spur nachgingen, fanden sie die Stoffe schon in fünfter und sechster Hand. Man fand sie bei Privatleuten in Schöneberg und Charlottenburg wieder, beschlagnahmte sie und stellte sie dem Spediteur wieder zu. Die Stoffe hatten nur 36 Stunden gebraucht, um von dem Wagen bis zu den letzten Besitzern zu wandern. Diese hatten zusammen 45 000 Mark gezahlt.

Wettervorhersage.

Mittwoch: Vorwiegend heiter, wärmer, trocken.

Letzte Telegramme.

Artilleriekampf und Erkundungstätigkeit.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 23. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

An der Schlachtfront blieb die Gefechtstätigkeit auf zeitweilig auflebenden Artilleriekampf und örtliche Infanterieunternehmungen beschränkt. Die englische Infanterie war namentlich zwischen Lens und Albert sehr tätig. Erkundungsabteilungen, die an zahlreichen Punkten gegen unsere Linien vorstießen, wurden überall zurückgeschlagen. Vergeblich versuchte der Feind mit starken Kräften das am 21. April am Walde von Avelui verlorene Gelände wiederzugewinnen und beiderseits der Straße Bouzincourt—Avelui die Bahn nördlich von Albert zu gewinnen. In mehrfachen verlustreichen Anstürmen büßte er Gefangene ein.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

In den beiden letzten Tagen wurden dreißig feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Buckler errang seinen 32., Leutnant Menkhoff seinen 25. Luftsieg.

Mazedonische Front:

Zwischen dem Ochrida- und Presza-See, sowie nordwestlich von Monastir Artillerie- und Minenkampf. Deutsche Abteilungen stießen westlich von Makava in die französischen Stellungen vor. Bulgarische Truppen wehrten südlich vom Doiransee englische Teilangriffe ab. Einige Franzosen und Engländer wurden gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister: v. Ludendorff.

Von den Kämpfen im Westen.

(W. T. B.) Berlin, 23. April. Bei dem erfolgreichen Unternehmen, das gegen Abend des 21. April die Deutschen nördlich von Albert durchführten, erlitt der Feind schon während der Feuervorbereitung durch die Artillerie und Minenwerfer schwerste blutige Verluste. Die beiderseits nördlich des Weges Anthuille—Mesnil eingedrungenen deutschen Sturmtruppen fanden die englischen Gräben voller Leichen. In hartnäckigem Nahkampf wurde der Widerstand der Besatzung überwältigt. Außer den gemeldeten 88 Gefangenen wurde eine große Zahl von Minenwerfern und zahlreiche Maschinengewehre erbeutet.

In der Nacht vom 20. zum 21. April versuchte der Feind nach stärkster Artillerievorbereitung den La Bassee-Kanal nordwestlich von Bethune mittels Pontons zu überschreiten, um an dieser Stelle die deutschen Linien zurückzudrängen. Unter starkem Feuerschutz ließ er hier dicht besetzte Pontons zu Wasser. In diese hinein schlugen die deutschen Granaten und schossen die sämtlichen Pontons in Grund und Boden. Von den Insassen dürfte kein einziger entkommen sein.

Während die Franzosen und Engländer sich an der Westfront bei vergeblichen Kämpfen blutige Köpfe holten, sind mehrere englische Kavalleriebrigaden, die einen Vorstoß auf dem östlichen Jordanufer unternahmen, zurückgeworfen worden und haben auch dort im Artilleriefeuer schwerste Verluste erlitten.

Erweiterte Rekrutierungen in Kanada.

(W. T. B.) Amsterdam, 23. April. Nach einem hiesigen Blatte meldet die Times aus Ottawa, daß beide Häuser des kanadischen Parlaments am Freitag Anweisungen annahmen, nach denen die Regierung zu neuen Rekrutenaushebungen ermächtigt wird. Ein Zusatzantrag, in dem die Befreiung der Bauern von der Dienstpflicht vorgeschlagen wird, wurde verworfen.

Der Widerstand der Iren gegen die Dienstpflicht.

(W. T. B.) Amsterdam, 23. April. Allgemeen Handelsblatt meldet aus London: Die Schutzliga in Irland, die beschlossen hat, der Einführung der Dienstpflicht in Irland unter allen Umständen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen, hat bereits eine Anhängerzahl von 3000000 erreicht.

Furcht vor deutschen Luftangriffen auf die amerikanische Küste.

(W. T. B.) Bern, 23. April. Wie Temps aus London vernimmt, werden in Neuyork Maßnahmen zur Luftverteidigung getroffen. Man befürchtet, daß die Deutschen versuchen, Flugzeuge mit Tauchbooten nach der amerikanischen Küste zu schicken. Auch wird für möglich gehalten, daß die Deutschen von Tauchbooten aus Flugzeugangriffe auf Neuyork unternehmen können.

Der Reichskanzler wieder in Berlin.

(W. T. B.) Berlin, 23. April. Wie wir hören, trifft der Reichskanzler Dr. Graf Hertling am Mittwoch wieder in Berlin ein.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Hünlich. — Verlag von Paul Hug. — Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Rüstringen.

Landesbibliothek Oldenburg

Auktion.

Herr Möbelhändler **Adolf Sieberns** läßt wegen vorläufiger Aufgabe seines Geschäfts am

Donnerstag, 25. d. M., nachm. 2 Uhr beg.

in und bei seinem Hause **Ecke Peter- und Uhlandstr.** folgende Gegenstände öffentlich meistbietend verkaufen:

2 Möbeltransportwagen, 2 Handwagen, 1 Zweispänner-Luxuspferdegeschirr, 2 gebrauchte Pferdegeschirre, 1 großen fast neuen Geldschrank, zwei große Schreibstehpulte mit Bücherborte, eine Schreibmaschine mit Tisch, 1 verstellbaren Zeichentisch, 1 elektr. Bureaulampe für indirekte Beleuchtung, 4 Ampeln, 1 Krone, verschied. neue Bilder, 1 neues Klubsofa, 1 gebraucht. Plüschsessel, 2 Schränke, mehrere Stühle, Spiegel, Spiegel mit Stufe, 1 neue eichene Waschkommode mit Marmor, 1 Musikautomat, 3 neue modere Marmoraufsätze, Waschständer mit Schale, mehrere Sessel- und Sofagestelle, Messinggarnituren, Matratzen, mehrere Torkkasten, Läuferstoffe, Linoleumläufer, 1 Messingpalmenkübel, 2 künstliche Palmen, mehrere Weinkannen, Bowlen aus Kupfer und Eisen, einige unbelegte Kristallfasettegläser; ferner 1 Zupfmaschine, mehrere Hobelbänke, Tischlerholz, Tapezierböcke, Plüsche und Moquetts, Fassonleinen, Federleinen, Dekorationsstoff, Gobeline, Gardinenstoff, Oefenband, Sofafranzen und Schnur, 65 Pfd. Ia schwarzes Haar, Bindfaden, Heede, Alpengras, Gurte, Stahlbänder zum Gurten, ca. 40 Pfund Gurtnägel sowie verschiedene Ballen Torfstreu, Harken, Forken, Huffett, Patentachsenöl und viele sonstige hier nicht aufgeführte Gegenstände.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Auktion pünktlich beginnt. Bieter haben sich möglichst mit kleinem Gelde zu versehen. Besichtigung der Sachen eine Stunde vor Beginn der Auktion. 575

Ludwig Witte, Auktionator

Marktstraße 63, I. Telephon 2034.

Volkstheater

Letzte Schauspielabende, Schluß 30. April.
Die nächste Spielsaison beginnt am 17. Aug. 1918.

Vom 23. bis 27. April:

Große Einakterabende

Teja, Drama in 1 Akt von H. Sudermann
Fritzchen, Dama in 1 Akt von H. Sudermann
Der Tor und der Tod, Finale in 1 Akt von Hugo v. Hofmannsthal. 580

Sonntag nachmittag 3.30 Uhr:

Letzte Märchenvorstellung

Schneewittchen und die 7 Zwerge.

Konsum- und Sparverein für Rüstringen u. Umgeg.

e. G. m. b. H., Rüstringen.

Wir bitten unsere Freunde um

sofortige Abgabe ihrer Kohlenbestellungen.

Zur Zeit können die Karten voll beliefert werden.
Unsere Preise sind: 581

Mk. **2.80** pr. Ztr. . . . . ab Lager,
Mk. **3.05** pr. Ztr. . . . . vors Haus geliefert.

Bei späterer Bestellung können wir nicht für prompte Lieferung garantieren. **Der Vorstand.**

Geschäfts-Uebernahme.

Zeige ergebenst an, daß ich mein **Kohlen- und Kartoffelgeschäft** an

Herrn Gerhard Bohlsen

verkauft habe. Für das mir bewiesene Vertrauen spreche ich meinen verbindlichsten Dank aus und bitte, dasselbe auch auf meinen Nachfolger zu übertragen. Hochachtungsvoll

Tade Behrends.

Das meinem Vorgänger bewiesene Vertrauen bitte ich auf mich zu übertragen, ich werde dasselbe in jeder Beziehung zu rechtfertigen bemüht sein.

Hochachtungsvoll

Gerhard Bohlsen.

Auguststraße 16, Telephon 623. 567

Monopol

Besitzer: Wilhelm Quinting.
Fernsprecher 500.

Morgen Mittwoch, 24. April
großes Militär-Streichkonzert
(Sehr gewähltes Programm!)
ausgeführt v. Musikkorps des Kais. 2. Ersatz-Seebataillons unter perf. Leitung des Herrn Obermusikmeisters R. Rothe.
Beginn des Konzerts abends 7.30 Uhr
Es laden ergebenst ein 585
R. Rothe. W. Quinting.

25

Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft

e. G. m. b. H.

Sonnabend den 27. April 1918
abends 8 Uhr, im Werftspeisehause:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Verteilung des Reingewinns.
3. Beitritt zum Kriegerheimstätten und Kleinwohnungs-Baugesellschaft.
4. Neuwahlen: a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrats.
5. Mitteilungen vom Verbandstag.

Die Mitglieder haben sich als solche zu legitimieren.

Der Aufsichtsrat der Wilhelmshav. Spar- u. Baugesellschaft.
K. Siebert, Vorsitzender. (399

Gemeinde Fedderwarden.

Auf 7 der Lebensmittelkarte entfällt Käse für Milchkartenbesitzer. Die Lebensmittelkarten sind bis zum 23. d. M. bei den Kaufleuten vorzulegen. [588

E. Memmen, G.-V.

Empfehle meine

Landauer u. Breakwagen (zehnsitzig)

für Ausflüge und sonstige Fahrten. [387

Fuhrgeschäft Frau A. Eilts
Wilhelmshaven
Neue Straße. Tel. 356.

Gesucht
ein Schmiede-Lehrling.
Anton Albag, Schwei.

Frau gesucht

für einige Tage in der Woche zum **Wäsche-Ausbessern.**

Hotel Loheyde.

Plätterinnen

gesucht.

Dampfwaschanst. Frauenlob

Schöne dreiräum. Wohnung, Nähe der Torpedowerft, gegen eine dreiräum. Wohnung zu vertauschen. [576
Genossenschaftsstr. 88, p. l.

Habe noch abzugeben

beste Runkelrüben

Zentner 4.50 Mk.

Ernst Hoffmeister,
Rüstr., Genossenschaftsstr. 55
Telephon 867. [584

Elektriker, Mechaniker, Dreher, Schlosser,
Monteure, Maschinisten etc., welche im Beruf vorwärts streben, verlangen kostenlos die Broschüre „Der neue Weg" von Ing. F. Onken, Bremen, Verdenerstraße 38. [7169

Mir oder mich?

Vorzügliches Lehrbuch der deutschen Sprache. Mk. 1.55 Nachnahme franke. Verlag **Schwarz & Co.,** Berlin 14.

R. Winter
Färberei und chem. Waschanstalt
Rüstringen, Peterstrasse 59

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme, die vielen Kranzspenden und allen denen, die unserem lieben Entschlafenen, dem Friseur **Adolf Bauer,** das letzte Geleit gaben, sowie dem Herrn Pastor Fortmann für die trostreichen Worte am Grabe sagen wir auf diesem Wege den aufrichtigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.
578]

Theater Burg Hohenzollern

Nur noch einige Tage:
Gastspiel des Operettentenors Alfred Carlhof

Die Rose von Stambul.

Operette in 3 Akten. 549

Vorverkauf von 10 bis 1 Uhr und von 5 Uhr nachm. an. — Theater-Fernsprecher 27.

In Vorbereitung:
Mit neuer Ausstattung!

Die Csardasfürstin.

Kabarett-Café „Union"

— Inhaber: **Carl Rademann.** —
Ab 16. April täglich:

Auftreten der berühmten Sängerin Fräulein Friedel Borchers

sowie der berühmten Vortragskünstlerin **Trudi Truth,** der Gesangssoubrette **Jenny Florent** und des modernen Humoristen und Komikers **Söhlmann-Bernhard.**

Trauerbriefe und Trauerkarten

liefert Buchdruckerei Paul Hug & Co.

Todes-Anzeige.

Am 21. April, abends 6½ Uhr, entschlief sanft nach kurzer Krankheit im 70. Lebensjahre unser lieber, guter Vater und Grossvater, der Marine-Werkführer a. D.

Johann Henning.

Dies bringen tiefbetrübt zur Anzeige

Karl Toben u. Frau, Eline geb. Henning
Joh. Thölken u. Frau, Therese geb. Henning und 3 Ekelkinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 25. April, nachm. 2¾ Uhr, vom Trauerhause, Hafenstrasse 22, aus statt. 587

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Mitteilung.)

Am 20. April wurde uns nach schwerer Krankheit unser Töchterchen **Gerde** genommen. Wir werden sie hier auf dem Friedhofe der Brüdergemeinde beisetzen.

Stadtbauinspektor Dipl.-Ig. Hahn und Frau Julie Hahn.

Rüstringen, Lübecker Strasse 5
z. Z. Königsfeld (Badem). 590

Volksküchen

Mellumstraße u. Ulmenstraße
Kaiserstr., Friederikenstr.
Bremer Str., Markthalle Bant

Wegen Wegzug großer

Tapeten-Ausverkauf

von Mittwoch bis Sonntag, Friedensware. 594
Kaakstr. 10, Hofeingang.

Zu verkaufen:

Erbsen- u. Bohnenstangen, Große Bohnen, Pflanzbohnen, Wurzel-, Schnitt-, Grün-, Weiß-, Wirsing- und Blumenkohlsamen usw.

H. Blikslager
573] Altendeichsweg 14.

Mehrere gebr. Möbel

preiswert zu verkaufen. [582
Bismarckstraße 161.

Zu verkaufen

einige Damen- u. Kinderhüte. 586] Meyer Weg 14, p. l.

Ein neuer, moderner

dunkler Damenhut billig zu verkaufen. Bülowstr. 3a, II r.

2 Schreibmaschinen

„Meteor", noch neu, für 300 Mk., **„Mignon" Nr. 2,** vorzüglich, 125 Mk. [572
Aug. Müller
Wilhelmshavener Str. 49.

Zu Gunsten des Kriegsliebesdienstes!

Abends 8 Uhr
Sonntags
2 Vorstellungen 2
nachm. 3½, abds. 8 Uhr

Mittwochs und Sonnabends 3½ Uhr:
Familien- u. Schülervorst.
Bedeut. ermäss. Preise

Wer Gold bringt, erhält einen Freiplatz!

Adler Theater.

Todes-Anzeige.

Erhielten aus dem Felde die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unserer Tochter liebevoller Vater, unser einziger geliebter Sohn, unser Schwager u. Onkel, der Kanonier

Heinr. Sell

am 12. April den Heldentod fürs Vaterland erlitten hat. Um so härter trifft mich dieser Schlag, da auch vor kurzer Zeit unser Hanni ihm in die Ewigkeit vorangegangen ist. In tiefem Schmerz Frau **Meta Sell,** geb. Poppen, nebst Tochter Marichen
H. Sell und Frau als Eltern und alle Angehörigen. [571

Am 19. d. M. starb infolge eines Unglücksfalls im Westen mein guter Vater, unser Schwiegersohn und Schwager, der Tischler, z. Zt. Matrose in ein. Matrosenregiment

Helmuth Tiedemann

im 35. Lebensjahre.

Dies bringen tiefbetrübt zur Anzeige:
Lieschen Tiedemann, 8 Jahre, als Tochter.
H. Willms u. Familie als Schwiegereltern,
B. Clasen u. Familie (als Schwager),
C. Erdmann u. Familie (als Schwager).
Rüstringen, 23. 4. 1918.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag den 21. April, nachmittags 4 Uhr, entschlief nach längerer Krankheit in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen unser lieber, guter Sohn und Bruder

Willy Goedeke

im Alter von 19 Jahren.

Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Eltern
Wilhelm Goedeke und Frau, Hinrike, geb. Eiben,
nebst Geschwistern und Angehörigen.
Rüstr., Meyer Weg 16.

Die Beerdigung findet statt in Bloh **Donnerstag vormittag 10 Uhr.**

Landesbibliothek Oldenburg

Beilage.
32. Jahrg. Nr. 95.

Norddeutsches Volksblatt

Mittwoch,
den 24. April 1918.

Deutscher Reichstag.

Am Tische des Bundesrats: von Payer, von Breitenbach.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 3.15 Uhr und gedenkt, während das Haus sich erhebt, des Ablebens des Herzogs Friedrich des Zweiten von Anhalt.

Vizepräsident Dr. Paasche weist dann auf den überaus großen Erfolg der 8. Kriegsanleihe hin.

Eingegangen ist das Gesetz zur Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und das Arbeitskammergesetz.

Die Verhandlung des

Reichseisenbahnetats

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Haegy (Els.) bringt Beschwerden über Verkehrsschwierigkeiten, Zensurbeschränkungen und ausgedehnte Paßkontrolle in Elsaß-Lothringen vor.

Abg. Graf Westarp (kons.): Der Antrag, den Reklame-Pachtvertrag mit dem Verleger Reimar Hobbing nachprüfen zu lassen, hat keinerlei praktische Bedeutung. Deshalb lehnen wir ihn ab.

Abg. Dr. Quarck (Soz.) fordert eine Lohnerhöhung der reichsländischen Eisenbahnarbeiter.

Chef der Reichseisenbahn von Breitenbach: In der Lohnfrage haben wir das Nötige getan. Im Jahre 1913 verdienten sämtliche Arbeiter im Durchschnitt 4,16 Mk., jetzt 8,60 Mark. Die vorgetragenen Wünsche werden sorgfältig geprüft werden. Es handelt sich um etwa 5 Millionen Mark. In der Frage des Vertrages mit Reimar Hobbing handelt es sich um einen rechtsgültig abgeschlossenen Vertrag. Ich vermag nicht abzusehen, wie dieser Vertrag eine Aenderung erfahren soll.

Der Antrag auf Nachprüfung des Vertrags wird hierauf abgelehnt.

Damit ist die Aussprache über die Verwaltung der Reichseisenbahnen erledigt.

Es folgt der

Haushalt des Reichseisenbahnamtes.

Der Reichstag hatte einen Antrag angenommen auf Einsetzung einer Fachkommission zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen einer Vereinheitlichung der Staatseisenbahnen unter Einbeziehung der Binnenwasserstraßen. Der Bundesrat hat darauf erklärt, daß er bereit ist, in diesem Sinne vorzugehen. Die Einbeziehung der Wasserstraßen soll aber erst erfolgen, nachdem die Eisenbahnfragen geklärt sind.

Ein Antrag der Abgg. Müller-Meiningen, Schwabach (Natl.) ersucht den Reichskanzler, die vorgeschlagene Fachkommission unverzüglich einzuberufen.

Vizekanzler von Payer erläutert den Beschluß des Bundesrats. Die Reichsregierung steht grundsätzlich auf dem Standpunkt der Entschließung des Reichstages vom 27. März d. J. Sie wird nicht bloß die Denkschrift vorlegen, sondern ist auch bereit, sie in der gewünschten Weise durch eine Fachkommission abfassen zu lassen. (Abg. Gamp: Hört, hört!) Zweifellos ist das das Zweckmäßigste. Die Regierung hat ebensogut wie der Reichstag ein Interesse daran, daß objektive Vorarbeiten geleistet werden. In einigen untergeordneten Punkten bestehen allerdings einige Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung hält eine sofortige Einbeziehung der Binnenwasserstraßen in diese Beratung nicht für zweckmäßig. Schon die Bearbeitung der Eisenbahnen nach den vorgesehenen Gesichtspunkten erfordert die Sichtung des gewaltigen Stoffes. Auch die Bearbeitung der Wasserstraßen bildet ein umfangreiches Material. Am besten ist es also, beide Gebiete besonders zu bearbeiten und dann später in einer einheitlichen Arbeit zusammenzufassen.

Abg. Ulrich (Soz.): Das Reichseisenbahnamt ist ein Mauerblümchen in unserer Verfassung. Es muß ganz anders orientiert werden, wenn es seinen Aufgaben genügen soll. Die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft muß im Interesse der hessischen Finanzen nachgeprüft werden.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (F. V.): Wir sind enttäuscht über die Antwort des Bundesrats, die auf unsere Entschließung nach 13 Monaten erteilt wurde. Für den Vizekanzler war es eine schwere Arbeit, die feindliche Haltung des Ministers von Breitenbach zu verdecken. Herr von Breitenbach war stets ein Gegner der Vereinheitlichung der Reichseisenbahnen. Zu solchen Arbeiten müssen die Beamten Zeit finden. Auch dem Ministerialdirektor a. D. Kirchhoff, dessen Ausführungen Herr von Breitenbach mit Hohn und Spott behandelt hatte, sollte in dieser Kommission Gelegenheit zur Aeußerung gegeben werden. Die Zerrissenheit der deutschen Eisenbahnen hat traurige Folgen gezeitigt. Die preußischen Eisenbahnen haben jetzt ein großes Defizit. Wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, gehen wir einem Verkehrsbankerott entgegen. Die Bureaukraten sind natürlich immer gegen jede Reform.

Chef der Eisenbahnen von Breitenbach: Die Ausführungen des Vorredners zwingen mich dazu, meinem lebhaften Bedauern Ausdruck zu geben über die Bemerkung, daß das deutsche Eisenbahnwesen vor einem Bankerott stehe. (Beifall.) Sind Ihnen die riesigen Leistungen der deutschen Eisenbahnen im Weltkriege bekannt? Wir haben im Jahre 1917 einen Verkehr bewältigt, der rund 100 Millionen Mark mehr an Einnahmen im bürgerlichen Verkehr und ungefähr 500 bis 600 Millionen Mark im militärischen Verkehr gebracht hat.

Abg. Schirmer (Zentr.): Herr Dr. Müller-Meiningen hat ungemein übertrieben, wenn er von einem bevorstehenden Bankerott sprach. Wir können nicht für den sofortigen Zusammentritt einer solchen Fachkommission stimmen. Die Vereinheitlichung hat eine gewisse Grenze.

Abg. Schwabach (Natl.) dankt dem aus dem Amte geschiedenen Präsidenten Wackerzapp für seine verständnisvolle Arbeit, die viel zum Gelingen des Aufmarsches beigetragen habe. In ihrer Antwort auf die Entschließung des Reichstages hat die Regierung sich wenig entgegenkommend gezeigt.

Nach kurzer weiterer Aussprache, an der sich die Abgeordneten Freiherr von Gamp (D. F.), Brandes (U. S.) und Stubmann (Natl.) beteiligten, schließt die Aussprache über das Reichseisenbahnamt.

Die Abstimmung über den Antrag Dr. Müller-Meiningen auf sofortige Einberufung einer Fachkommission wird bis zur dritten Lesung vertagt, da sich im Saale nur noch 20 Abgeordnete befinden.

Der Haushaltsplan des Reichstags wird ohne Aussprache angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Dienstag 1 Uhr: Kleine Anfragen, erste Lesung der Steuervorlagen.

Vor der Entscheidung in Preußen.

Am 28. April tritt in Berlin ein nationalliberaler Parteitag für Preußen zusammen, der wohl einer der wichtigsten in der Geschichte dieser Partei zu werden verspricht. Daß dieser Parteitag, dem Beschluß des nationalliberalen Parteivorstands folgend, sich für das gleiche Wahlrecht in Preußen aussprechen wird, unterliegt wohl keinem Zweifel. In der Organisation der nationalliberalen Partei überwiegen die Beamten und Lehrer, Intellektuelle aller Art, die zwar nicht für das gleiche Recht begeistert aber auch keineswegs seine fanatischen Gegner sind, also der von oben gegebenen Parole willig folgen. Interessant ist nur die Frage, welchen Einfluß der Parteitagsbeschluß auf die Haltung der nationalliberalen Landtagsfraktion haben wird, auf deren rechten Flügel die schwerindustriellen Geldsäcke überwiegen. Als sicher darf indes jetzt schon angenommen werden, daß ein stattlicher Teil dieser Herren sich als gänzlich unbelehrbar erweisen wird und daß bei der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage im Plenum die Nationalliberalen also teils für, teils gegen das gleiche Wahlrecht stimmen werden. Wird die nationalliberale Fraktion eine Minderheit, die in einer entscheidenden Frage gegen die Fraktionsmehrheit und gegen den Parteitagsbeschluß stimmt, weiter in ihren Reihen dulden? In organisatorischer Beziehung handelt es sich um einen ziemlich ähnlichen Fall wie beim Unabhängigen-Streit in der Sozialdemokratie. Aber die nationalliberalen Unabhängigen werden nicht in Isolierung versinken, sie werden freudige Aufnahme finden bei den Konservativen, denen sie schon wegen ihrer Zahlungsfähigkeit hochwillkommen sein werden.

Die Spaltung der nationalliberalen Partei könnte der Anfang werden für die Einigung des Liberalismus. Ob wir eine solche Entwicklung begrüßen dürften, bleibe dahingestellt. Es kommt ganz darauf an, wie der Liberalismus nach seiner Einigung aussehen würde, der Zuzug von rechts würde jedenfalls die national-chauvinistischen Einflüsse im Linksliberalismus stark vermehren.

Aber das ist natürlich im Augenblick nicht die Hauptfrage. Hauptfrage ist, was aus der Wahlrechtsvorlage im Landtag wird. Neuerdings vernehmen sich, besonders in der industriellen Scharfmacherpresse, die Stimmen, die die Ablehnung des gleichen Wahlrechts für vollständig gewiß erklären. Die eigentlich konservative Presse verhält sich viel reservierter; die Kreuzzeitung z. B. hat wiederholt Berechnungen aufgestellt, wonach die Aussichten der Reform sehr günstig scheinen. Aus ihren Ausführungen klang es oft wie müde Sehnsucht: „Ich wollt, es wäre Schlafenszeit, und alles wär vorbei.“ Viel aktiver zeigt sich dagegen die industrielle Scharfmacherpresse, voran die Berliner Neuesten Nachrichten und die Deutsche Zeitung, die tagtäglich den rechten Flügel der Nationalliberalen bearbeiten, er möge ja nicht umfallen, sondern unentwegt und furchtlos gegen die Regierungsvorlage stimmen.

Neuerdings wird von dieser Presse zum Zweck der Stimmungsmache die Ansicht verbreitet, die Regierung denke gar nicht ernstlich an Auflösung, das Gerede davon sei nur ein leeres Schreckmittel. Auch damit soll den Rechtsliberalen Mut gemacht werden, gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen. Die Deutsche Zeitung verkündete in ihrem Morgenblatt vom letzten Freitag, daß die Ablehnung der gleichen Wahlrechts bereits gesichert sei, denn nicht nur eine Minderheit der nationalliberalen Fraktion wolle gegen die Regierungsvorlage stimmen, sondern es hetzche in ihr sogar eine Mehrheit von Wahlrechtsgegnern. Durch sie sei die Ablehnung des gleichen Wahlrechts schon gesichert. Und noch einmal ruft das Scharfmacherblatt triumphierend: Bangemachen gilt nicht!

Eine Erwägung muß vor allem den Willen der nationalliberalen Gegner des gleichen Wahlrechts ins Unbeugsame stärken: die Erwägung, daß es die Rücksicht auf das vaterländische Gesamtwohl der Regierung verbietet, die Auflösung des Abgeordnetenhauses zu wagen und so inmitten des Krieges einen leidenschaftlichen Wahlkampf zu entfesseln.

Die Scharfmacher versuchen es mit der Politik des Bluffens, die nach außen hin schon zu genug traurigen Erfahrungen geführt hat. In dem Vertrauen, es sei dem anderen um seine Sache doch nicht ernst, wagt man seine eigene Sache bis zum äußersten durchzutrotzen. Da hilft dann nur freisteh Festigkeit gegen Festigkeit. Wenn die Prophezeiungen der Scharfmacherpresse eintreten, wenn das gleiche Wahlrecht abgelehnt, das Abgeordnetenhaus aber nicht daraufhin sofort aufgelöst wird, so ist die sogenannte Staatsautorität bis auf die Knochen blamiert und die weitere innerpolitische Entwicklung ist unabsehbar. Gegenüber den Folgen, die sich hier zu entwickeln drohen, ist ein Wahlkampf während des Krieges gewiß das bei weitem kleinere Uebel. Ein solcher Wahlkampf kann sich in vollster Ruhe und Ordnung vollziehen, wenn die Wahlrechtsfreunde von vornherein in geschlossener Front aufmarschieren, wobei mitzutun die Sozialdemokratie bereit ist. Die leidenschaftlichsten Kämpfe würden aber entstehen, wenn die Massen des Volkes zu der Auffassung kämen, daß sie um ihr Recht geprellt werden sollen und daß die Regierung mit den Wahlrechtsfeinden unter einer Decke steckt.

Hinter dem Ablehnungsplan der Rechten verbirgt sich eine taktische Absicht. Die Rechte will durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts der Regierung ihre Macht zeigen, betrachtet aber das Pluralwahlrecht in der von ihr beschlossenen Fassung nicht als ihr letztes Wort. Wenn die Regierung artig ist, will

---

Feuilleton.

Deutsche Eroberungen.

Novelle von Levin Schücking.

8)

„Den Kampfplatz? Kann man denn um so etwas kämpfen? Du wirst einsehen, Onkel, daß es wider meine Ehre wäre . . .“

„Deine Ehre? Larifari! Es handelt sich darum, ob dieser Müller mir soll sein Wort brechen dürfen, und ihm zu zeigen, daß er es nicht soll; daran setz' ich meine Ehre.“

Ich zuckte die Achseln. „Denke darüber wie du willst,“ sagte ich „So viel ist gewiß, ich habe nicht Lust, auf das Ergebnis dieses deines Ehrenhandels mit Herrn Müller zu warten und hier müßig zu sitzen, während mich die Pflicht heimwärts ruft!“

Oheim Peter, der bisher entweder gestanden hatte oder zornig umhergerannt war, setzte sich, und sagte mit seinem alten Ton voll Ironie:

„Dafür, für dein Gehen hat der Präfekt gesorgt. Es ist den Deutschen verboten, zu gehen.“

„Verboten . . .?“

„Es ist, siehst du, zu spät, mein Junge!“

„Aber wie kann man mir verbieten? . . .“

„Einerlei; es wird niemand, der heimreisen will, durchgelassen. Man will wohl den deutschen Heeren keine Wehrkräfte zufließen lassen — was weiß ich? Kurz, du kannst nicht fort.“

„Aber ich habe nichts von einem solchen Verbot gehört, gesehen.“

„Da lies!“ sagte er, auf eine französische Zeitung, die auf seinem Tische lag, deutend. „Das Verbot ist allgemein. Geh und versuche, einen Paß zu bekommen.“

Ich war über diese Nachricht tief erschrocken.

„Mein Gott, was dann beginnen?“ rief ich aus.

„Nichts!“ versetzte der Oheim Peter, sein breites Kinn auf die Hand stützend. „Nichts, ruhig hier bleiben und abwarten, was dein Oheim beschließt!“

Ich fand es besser, nicht weiter zu widersprechen. Ich nahm mir vor, alles aufzubieten, um einen Paß, oder besser eine Erlaubnis zu reisen zu bekommen, denn einen Paß hatte ich ja von daheim — er war vollständig in Ordnung. Zunächst begab ich mich in meine Wohnung zurück und überließ meinen Oheim seinen Gedanken. Ich wollte zunächst andere in Reims wohnende Deutsche, die ich oberflächlich kannte, aufsuchen und mich bei ihnen erkundigen, welche Entschlüsse sie gefaßt und was zu tun sein könne.

Meine Schritte waren sehr vergeblich, und ganz entmutigt kehrte ich um Mittag heim. Ich hatte überall dasselbe Klagen über eine ganz merkwürdige Tücke und Gehässigkeit der französischen Behörden vernommen; man war schon so weit gegangen, ein paar Deutsche, die man für spionierende preußische Offiziere in Zivil hielt, zu verhaften; sie hatten ihre Unschuld klar dargetan, aber man hatte sie in Verhaft gehalten unter dem Vorgeben, sie gegen den Pöbel zu schützen.

Ich überlegte, ob ich nicht unter irgend einer Verkleidung oder durch die Bestechung irgend eines Eisenbahnbeamten entkommen könne, als mein Onkel Peter bei mir eintrat.

Ich sah seinen Augen an, daß irgend eine Wendung der Dinge eingetreten sein mußte, die ihm seine ganze Selbstzufriedenheit zurückgegeben! Um seine Mundwinkel zuckte wieder das ganze alte Vergnügen in seiner sarkastischen Weisheit, das den Onkel Peter nun seit so vielen Jahren schon in Heiterkeit die Trübsal seines Zölibatärlebens tragen ließ.

„Mein Junge,“ sagte er, „ich habe mir die Sache überlegt und gefunden, daß du recht hast. Du mußt gehen, es ist das beste.“

„Es freut mich, daß Sie mir darin beistimmen, Onkel. Ist es bloß Ergebnis Ihres Nachdenkens über die Lage der Dinge, oder ist etwas geschehen, das Ihnen diese andere Ansicht beigebracht hat?“

„Geschehen? Was sollte geschehen sein? Es ist nichts geschehen. Nichts weiter, als daß Herr Müller in einem abermaligen recht hitzigen Disput mit Fräulein Henriette gekommen ist, und nun in seiner Wut, um euch gründlich zu trennen, Henriette fortsendet.“

„Fortsendet? Wohin?“

„Zu seiner Schwester nach Genf. Sie wird noch diesen Abend reisen. Sie wird, da die Eisenbahn zwischen hier und Chalons von Militärzügen in Anspruch genommen ist, mit Extrapost reisen. Ihr Kammermädchen begleitet sie und Herrn Müllers Lakai.“

Diese Nachricht erregte mich mehr freudig als beängstigend. In Genf, in der Schweiz schien Henriette mir näher, nicht so ganz verloren und geraubt, wie wenn sie in Frankreich zurückbliebe. Wenn der Kriegssturm sich bis in diese Gegend Frankreichs ziehen sollte, war sie ja dort auch geborgener — gewiß, ich konnte nichts dagegen haben!

„Und da ich dich,“ fuhr der Oheim Peter fort, „also hier nicht mehr gebrauche, so magst auch du noch heute reisen.“

„Du nanntest das ja noch heute morgen unmöglich, Oheim?“

„Freilich, weil ich damals wollte, daß du es dafür hattest. Was ist unmöglich? Diesen französischen Behörden eine Nase zu drehen? Ah bah! Ich habe die vortrefflichste Gelegenheit für dich. Einer unserer Kunden in Nanzig läßt seine junge Frau, die hier zum Besuche bei Verwandten war, mit einem Diener nach Nanzig zurückkommen; wahrscheinlich auch mit der Post, die Bahnen sind ja überall unpraktikabel. Du wirst dann im Wagen schon einen Platz finden — vielleicht als Diener verkleidet . . . wir werden sehen . . . ich habe es noch näher zu besprechen; der Mann hat mir geschrieben, mich seiner Frau anzunehmen — eh bien, ich werde mich ihrer annehmen, vorausgesetzt, daß sie sich deiner annimmt — und du wirst heute abend bereit sein — wirst du?“

„Gewiß, Oheim!“

„Man wird kommen, dich abzuholen — etwa um sieben, acht, was weiß ich!“

„Wie heißt die junge Frau, die ich . . .“

„Ach, frag sie selber!“ sagte mein Oheim, „du kannst denken, daß ich zu tun habe heute!“

Damit nahm er seinen Hut und ging rasch davon.

Ich mußte mich in diese brüske Weise, wie der Oheim über mich disponierte, schon finden und konnte weiter nichts tun, als noch einmal meine Reisevorbereitungen machen, und mich für den Rest des Tages meinen melancholischen Gedanken hingeben. Ich versuchte, Henrietten zu schreiben, und in einem letzten Abschiede ihr alle meine Verzweiflung zu schildern . . . aber meine Tränen fielen auf das Blatt; ich konnte nichts zustande bringen, was auch nur im entferntesten das ausdrückte, was ich hätte aufs Papier strömen mögen; und mich mit dem Umschreiben und Verbessern abzuquälen, dazu war ich noch weniger imstande!

Um fünf Uhr erhielt ich vom Onkel Peter ein Paket zugesendet; dazu ein Billett, des kurzen Inhalts:

„Ich sende dir eine Bedientenlivree. Ziehe sie an. Von deinen Sachen nimm nur, was ein Handkoffer aufnehmen kann. Sobald es sieben schlägt, sei damit unten im Hausgange und warte. Der Wagen der Dame, von der ich dir sprach, wird vorfahren. Du nimmst den Bedientensitz hinter demselben ein. Sei glücklich und reise mit Gott! Dein Onkel Peter.“

Die Livree war einfach und so ziemlich passend; ein weißer Mantel mit Kragen, der dazu gehörte, schützte vor der Nachtkälte; es war darin jedenfalls auf dem Bedientensitze auch in der Nacht auszuhalten.

Aber seltsam, weshalb kam Onkel Peter nicht selber, um mir Lebewohl zu sagen? Er konnte doch denken, daß ich zu ihm in Herrn Mouniers Haus nicht gehen werde. War er so in Anspruch genommen durch seine junge Damen aus Nanzig, und hatte keinen Augenblick mehr für seinen Neffen übrig.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

sie noch über einiges mit sich reden lassen. Das gleiche Wahlrecht der Regierungsvorlage und das Sieben- oder Achtklassenwahlrecht des Ausschußbeschlusses bilden die zwei Endpunkte einer Linie, auf der ein Kompromiß gesucht werden soll. Die Rechte hofft, die durch Ablehnung ihrer Vorlage eingeschüchterte Regierung werde mit sich reden lassen. Demgegenüber ist es höchste Zeit zu erklären: Vom gleichen Preußenwahlrecht, dem schwererrungenen freiheitlichen Rechtsgut des deutschen Volkes darf nichts abgehandelt werden! Das gleiche Wahlrecht in Preußen bedeutet Oeffnung des Wegs zu einer friedlichen Entwicklung im Innern. Seine Ablehnung, seine Verschandelung nach dem Willen de. Junker und Scharfmacher ist aber ein Spiel mit dem Feuer. Wenn die Regierung jetzt nicht den Mut fände, den vom König proklamierten Standpunkt bis zum äußersten zu vertreten, so wäre das eine Katastrophe für sie. Ihren Nachfolgern übertrüge sie eine nicht zu tragende Last politischer Erbschaft.

Aus dem Lande.

Die Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte.

Um den weitesten Kreisen den Zweck und die Wichtigkeit des neuesten Sammel-Unternehmens darzutun, sei darüber folgendes mitgeteilt:

I.

Eine Reichssammlung an Stelle der bisherigen Zersplitterung.

Wenn in den nächsten Wochen und Monaten laut und eindringlich der Ruf der Ludendorff-Spende an unser Volk ergeht: „Opfert für die Kriegsbeschädigten!" so gilt er eigentlich keinem neuen Sammelzweck. Das begreifliche Mißbehagen, das in letzter Zeit bei jedem Aufruf für neuartige Wohlfahrtspläne durch die Oeffentlichkeit ging, wird daher hier gewiß nicht Platz greifen.

Die Bitte, für Kriegsbeschädigte zu geben, ist schon häufig an das deutsche Volk ergangen. Das Mitleid, das die augenfälligen Verletzungen Kriegsbeschädigter hervorriefen, die Hilflosigkeit Schwerverstümmelter und Siecher, das Streben einzelner Berufsgruppen, sich der kriegsbeschädigten Berufsgenossen besonders anzunehmen, der Wunsch mancher Wohlfahrtsvereine, das neue Fürsorgefeld in ihren Arbeitsbereich einzubeziehen, ließ eine Unzumme kleiner und kleinster Fürsorgeeinrichtungen und der verschiedenartigsten Sammelunternehmungen erstehen.

So manche Bestrebungen und Unternehmungen waren wohlgemeint, beruhten aber auf reinem Wohlfahrtsdilletantismus. Andere zeigten sogar bedenkliche selbstsüchtige Pläne. Vielen lag ein gesunder Gedanke zugrunde, der aber nicht recht fruchtbar werden konnte, solange die grenzenlose Zersplitterung bestand. Die Bundesratsverordnungen vom 22. Juli 1915 und vom 15. Februar 1917, welche die öffentlichen Sammlungen von der staatlichen Genehmigung abhängig machen, konnten, so günstig sie auch gewirkt haben, die Zersplitterung nicht völlig beseitigen, weil es auf dem Gebiet der Kriegsbeschädigtenfürsorge an einer einheitlichen, großen, über das ganze Reich sich erstreckenden Sammlung fehlte.

Ein erheblicher Unwille ergriff weite Kreise der Spender, die gerade von den zweifelhaftesten und überflüssigsten Gründungen am zudringlichsten behelligt wurden, und immer wieder wurde der lebhafte Ruf nach einer allgemeinen Sammlung für Kriegsbeschädigte laut, die der Zersplitterung ein Ende macht und durch Zusammenfassung aller Spenden die Gewähr bietet, daß die Gaben an die Stelle des wirklichen Bedürfnisses gelangen.

Hier soll und wird die Ludendorff-Spende helfen. Sie ist im Einvernehmen aller beteiligten Kreise als Reichssammlung für Kriegsbeschädigte entstanden, getragen von dem Vertrauen der Führer und Verbände unseres Wirtschaftslebens und geftützt von den Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen aller Bundesstaaten unseres deutschen Vaterlandes.

II.

Notwendigkeit der Sammlung.

Darüber ist sich alle Welt einig, daß die den Kriegsbeschädigten zur Zeit gewährten Renten zu gering sind, und daß ihre Erhöhung die erste und wichtigste Aufgabe des Reiches ist. Aber man gebe sich keiner Täuschung über die Grenzen dieser Rentenversorgung hin.

Wenn nach Friedensschluß die Zahlen endgültig feststehen, dann wird man erkennen, welche Summen erforderlich sind, um die Militärrente auch nur um ein verhältnismäßig bescheidenes Maß zu erhöhen. Jedenfalls wird die Rente häufig nicht imstande sein, den Kriegsbeschädigten den festen Rückhalt im Erwerbsleben zu geben, dessen sie für ihren erschwerten Daseinskampf bedürfen. Es kommt hinzu, daß jede gesetzliche Regelung notwendig etwas Schematisches an sich trägt und sich nicht dem Bedürfnis und der Dringlichkeit des Einzelfalles anzupassen vermag, wie es eben nur bei freien, an keine gesetzliche Bestimmungen gebundenen Mitteln möglich ist. Auch die Bewilligung von Ergänzungsrenten aus dem Härteausgleichsfonds der Heeresverwaltung kann nicht ausreichend Abhilfe schaffen; dies geht schon aus den hierfür maßgebenden, naturgemäß eng gezogenen Grundsätzen hervor. Endlich muß auch der kranken oder sonstwie beschädigten Kriegsteilnehmer gedacht werden, die den Zusammenhang zwischen dem Heeresdienst und der Beschädigung nicht nachzuweisen vermögen, mithin nach dem Gesetz ohne Rente entlassen werden müssen (Rentenlose).

Schon bald nach Ausbruch des Weltkrieges hat man diese Schwächen und Grenzen der Rentenversorgung erkannt und deshalb nach einer ergänzenden Fürsorge Umschau gehalten. So entstand der gesunde und praktische Gedanke, daß der unauslöschliche Dank, den wir den Kriegsbeschädigten schulden, sich nicht auf Heilbehandlung und Rentenversorgung beschränken darf, sondern eine weitere Fürsorge erfordert, die alle Beschädigten wieder nach Möglichkeit zu tätigen und erwerbstüchtigen Gliedern ihres früheren Berufes zu machen oder sie doch wenigstens wirtschaftlich so weit auf festen Boden zu stellen sucht, daß sie die ihnen verbliebenen Kräfte nutzbringend verwenden können. Ein hohes und für unsere Volkswirtschaft bedeutungsvolles Ziel!

Aber so einleuchtend dieser Gedanke ist, so schwer hält es, ihn überall in die Tat umzusetzen. Nur auf breitester Grundlage kann die Aufgabe gelöst werden. Darum wird von allen berufenen Stellen, namentlich auch unseren wirtschaftlich führenden Kreisen, an der Erreichung des Zieles, die Erwerbstätigkeit und Erwerbsmöglichkeit des Beschädigten zu heben oder wiederherzustellen, mit Hingebung gearbeitet. Alle diese auf dem Gebiete der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge tätigen Kräfte sind zusammengefaßt in den Hauptfürsorgeorganisationen, die in Preußen im Anschlusse an die Provinzialverbände, in den Bundesstaaten im Anschlusse an die Landeszentralbehörden unter Anwendung bewährter Grundsätze des Selbstverwaltungsrechts gebildet wurden und durch enge Fühlung mit den Berufsverbänden und tatkräftige Mitwirkung leitender Männer unserer deutschen Volkswirtschaft in die Lage versetzt sind, frei von bureaukratischer Einseitigkeit jederzeit den wechselnden Bedürfnissen und Wünschen des praktischen Lebens Rechnung zu tragen. Sie haben ein lückenloses Netz örtlicher Fürsorgestellen über ganz Deutschland verbreitet, andererseits die Einheitlichkeit der Arbeit durch die Gründung des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge als ihrer gemeinsamen Spitze sichergestellt.

Der Aufgabenkreis der Hauptfürsorgeorganisationen ist außerordentlich vielgestaltig; denn, mannigfach sind die Wege zu dem Ziele, den Kriegsbeschädigten auf einen Arbeitsplatz zu stellen, in dem sich seine Beschädigung für ihn selbst, seine Umgebung und seinen Arbeitgeber am wenigsten fühlbar macht, in dem seine Leistungsfähigkeit der des gesunden Arbeiters am nächsten kommt. Da prüft zunächst die Berufsberatung, ob der Kriegsbeschädigte seinem früheren Beruf treu bleiben kann oder ob er sich einer neuen Arbeit zuwenden muß. Wo Berufswechsel notwendig ist, muß dem Kriegsbeschädigten eine theoretische und praktische Ausbildung geboten werden. Ist dann die Fähigkeit, der Berufsarbeit nachzugehen, wiederhergestellt, so wird die Fürsorgestelle, die in enger Fühlung mit allen Arbeitsnachweiseinrichtungen steht, den richtigen Arbeitsplatz ausfindig machen. Um den Kriegsbeschädigten möglichst lange in körperlicher Rüstigkeit zu erhalten, gilt es, ihm und seiner Familie gute Wohnungsverhältnisse zu schaffen. Geeigneten Kriegsbeschädigten kann die Ansiedlung zum eigenen Besitztum verhelfen. Droht der Kriegsbeschädigte rascher als ein Gesunder unter der Last der Berufsarbeit zusammenzubrechen, so sollen ihm Erholungskuren und ergänzende Heilbehandlung zu neuer Kräftigung verhelfen. Wo aber der Krieg die Arbeitsfähigkeit des Einzelnen vernichtet, ihn vielleicht zeitlebens aufs Krankenbett geworfen hat, da will ihm die bürgerliche Fürsorge gute Pflege und Schmerzenslinderung verschaffen, seiner Frau die erhöhte Möglichkeit zum Erwerb bieten. Auch den Kindern des Kriegsbeschädigten soll die Ausbildung zuteil werden, die ihnen ihr Vater geboten hätte, wenn der Krieg nicht seine Erwerbsfähigkeit herabgedrückt hätte.

Zur Durchführung dieser großen sozialen Aufgaben sind gewaltige Mittel erforderlich. — Sie zu beschaffen, ist die unabweisbare Pflicht der Heimat. — Daß es möglich ist, hat das Vorbild der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen gezeigt, der es dank der tatkräftigen Unterstützung aller Teile der Bevölkerung gelungen ist, bereits mehr als 100 Millionen Mark für ihre Schutzbefohlenen aufzubringen. Für die Kriegsbeschädigten, denen unser Volk doch gewiß mit derselben Anteilnahme begegnet, sind gleich hohe Summen vonnöten.

Varel. Zur Beglaubigung der Rentenquittungen. Der Magistrat macht bekannt: Die Empfänger von Invaliden-, Alters-, Kranken-, Witwen- und Waisenrenten haben die Rentenquittungen persönlich im Meldeamt zu unterschreiben. Hierzu werden folgende Termine angesetzt, und zwar nachmittags von 3 bis 6 Uhr: am 26. April für die Buchstaben A bis L, am 27. April für die Buchstaben M bis Z. Die für Mai bereits abgegebenen Quittungen sind ungiltig und nochmals auszustellen. Bis auf die Unterschrift ausgefüllte Formulare sind mitzubringen. Unterschriften, die nicht in Gegenwart des Beamten vollzogen sind, werden grundsätzlich nicht beglaubigt.

Burgstede. Neue Butterverkaufsstellen. Der Gemeindevorsteher der Landgemeinde Varel macht bekannt: Vom 1. Mai d. J. an sind folgende Butterverkaufsstellen neu eingerichtet: 1. in der Landgemeinde Varel bei Kaufmann Wilhelm Schiller in Dangastermoor; 2. in der Gemeinde Jade bei dem Kaufmann Georg Mönnich in Jaderberg.

Einswarden. Lebensmittelausgabe. Auf Lebensmittelkarten-Abschnitt Nr. 18 werden in sämtlichen Geschäften 100 Gramm Dörrgemüse verabfolgt.

Nordenham. Städtische Lebensmittelversorgung. Auf Nr. 39 der braunen Lebensmittelkarten werden am Mittwoch 125 Gramm Käse für 38 Pfg. abgegeben. Auf Nr. 30 der braunen und grünen Lebensmittelkarten werden am Mittwoch 125 Gramm Graupen für 10 Pfg. abgegeben.

— Das Umherlaufen der Hühner verboten. Wiederholte Klagen veranlassen das Amt, darauf hinzuweisen, daß nach dem Forst- und Feldpolizeigesetze derjenige strafbar ist, der seine Hühner frei umherlaufen läßt, so daß sie fremdes Gartenland beschädigen können. Die Gendarmerie-Stationen sind angewiesen, Zuwiderhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Oldenburg. Der Ausschuß der Betriebskrankenkasse der staatlichen Bauverwaltung hält am Dienstag den 30. April, mittags 12 Uhr, in Grambergs Gasthaus am Markt eine Sitzung ab. Die Tagesordnung ist wichtig. Sie lautet: 1. Abnahme der Jahresrechnung für 1917; 2. Festsetzung des durchschnittlichen Tagesverdienstes und Ergänzung des § 10 des Kassenstatuts durch Bildung weiterer Grundlohnstufen bezw. Ergänzung des § 34 daselbst durch Hinzufügung weiterer Wochenbeitragssätze; 3. Erwägung der Erweiterung der Kassenleistungen; 4. Sonstiges. — Die Zeit, zu welcher die Sitzung anberaumt ist, erscheint etwas ungewöhnlich. Soll die wichtige Tagesordnung zwischen 12 Uhr und Mittag erledigt werden, so muß man schon annehmen, daß von den Ausschußmitgliedern nur wenige oder gar keine erscheinen und daß die Erschienenen sehr schnell mit der Tagesordnung fertig werden.

Aus aller Welt.

Der Bremer Messerstecher verhaftet. In der Nacht auf Sonntag ist in Bremen eine Arbeiterin vom Wege aus der Stadt, wo sie sich in einem Café aufgehalten und dann die Elektrische verpaßt hatte, um 12½ Uhr an der Waller Heerstraße in der Nähe von Café Mattfeldt von einem Manne in die Brust gestochen worden. Die Tat ähnelt in ihrer ganzen Art den Mordanfällen, die am 28. März bezw. 8. April in der Waller Vorstadt an Frauen verübt wurden und wobei die Arbeiterin Bertha Kiok ihr Leben einbüßte, so sehr, daß nur ein Täter in Frage kommt. Die von der Polizei angestellten Ermittelungen führten zu der Festnahme eines früheren, jetzt wegen Geisteskrankheit invaliden Schiffszimmermanns. Nach der Beweiserhebung besteht kaum noch ein Zweifel, daß der offenbar kranke Mann als Täter in allen drei Fällen in Frage kommt. Weiteres wird die ärztliche Untersuchung und das fortgeführte Ermittlungsverfahren ergeben. Das zuletzt gestochene Mädchen bestätigt, daß der Verhaftete der Täter ist. Sie kann das mit Sicherheit behaupten, weil der Anfall unter einem der von der Straßenbahn aufgehängten Beleuchtungskörper geschehen ist.

Kampf zwischen türkischen Soldaten und Einbrechern in Berlin. Zu einem Kampf zwischen türkischen Soldaten und Einbrechern kam es in der Nacht zum Sonntag in dem Hause Augsburger Straße 45. Dort befinden sich die Lagerräume der türkischen Einkaufskommission, die von türkischen Soldaten bewacht werden. Gegen 2 Uhr nachts drangen drei Einbrecher in diese Räume ein. Sie hatten bereits einen Teil der Waren verpackt, als sie von den wachthabenden Soldaten bei ihrer Arbeit überrascht wurden. Die Einbrecher setzten sich zur Wehr und gaben mehrere Revolverschüsse auf die Soldaten ab. Dann flüchteten sie auf die Straße. Doch gelang es den Türken, zwei von den Verbrechern nach heftigem Kampf festzunehmen, während der dritte entkam.

Die Vereisung im finnischen Meerbusen. Die Meldungen über die deutsche Finnlandunternehmung haben wiederholt auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hingewiesen, welche den Schiffsbewegungen und Landungen durch die noch teilweise bestehende Vereisung im Finnischen Meerbusen erwuchsen. Bezeichnend hierfür ist nachstehender Funkspruch des russischen Kreuzers Piotr Weliki, der am 14. April von unseren Seestreitkräften aufgefangen wurde. „An Jermak: Piotr Weliki, Armato, Truvor sitzen östlich von Hochland ohne Kohlen in kritischer Lage fest im Eis. Bitte sofort Hilfe. Piotr Weliki." — Die vorgenannten drei Schiffe waren dem deutschen Geschwader am Abend des 11. April auf seinem Vormarsch gegen Helsingfors begegnet. Die russischen Schiffe selbst befanden sich offenbar auf dem Wege von Helsingfors nach Kronstadt. Jermak ist der bekannte Riesenseebrecher von 8000 Tonnen der russischen Kriegsmarine. Die Eisgefahr selbst für größte und stärkste Schiffe dort oben liegt darin, daß sie mit den Eisfeldern oder dem Packeis zusammen bei Wind abgetrieben werden und auf eins der zahllosen Felsenriffe der finnischen Gewässer treibe... Auch ein Vorankergehen selbst mit stärkstem Ankergeschirr würde nichts nützen, da die Wucht der Eismassen die Anker über den Grund ziehen oder die Ankerketten brechen würde. Zudem erlauben die großen Wassertiefen des Finnischen Meerbusens nur an wenigen Stellen ein Ankern. Ueber das Schicksal der drei hilferufenden mit Tausenden von Angehörigen männlichen und weiblichen Geschlechts der russischen Marine besetzten Schiffe ist Weiteres nicht bekannt geworden.

Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!

Bekanntmachung

Wir haben die **Grasnutzung** an der Deichstrecke von der Rüstringer Strandhalle bis zur preußischen Grenze **zu verpachten.** Gebote bitten bis zum 5. nächst. Monats im Rathause Zedelius straße, Zimmer 2, abzugeben.

Rüstringen, den 22. April 1918. [591

Stadtmagistrat.
Dr. Lueken.

Kartoffeln.

Auf die rechte Hälfte des Abschnittes 7 der Rüstringer Kartoffelbezugskarte A geben wir ab heute

25 Pfund Speisekartoffeln

ab. Wir weisen darauf hin, daß alle zugelassenen Händler zur Zeit genügend Vorräte haben und empfiehlt es sich daher, seinen Bedarf rechtzeitig einzudecken.

Städtisches Kartoffel- und Gemüseamt Rüstringen.

Einige Näherinnen

für die Nähstube der Städtischen Altbekleidungsstelle auf sofort gesucht. Zu melden im Rathaus Wilhelmshavener Straße, Zimmer Nr. 1. [593

Bekanntmachung.

Auf Eierkarte Nr. 3 können am Freitag, den 26. d. M.,

zwei Eier

bezogen werden.

Wilhelmshaven, den 23. April 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

Pferdebesitzer

haben uns ihren Bedarf an

Heu

für die nächsten drei Monate **bis spätestens 25. d. M.** anzumelden.

Der Eingang des Heues steht in nächster Zeit zu erwarten, und ist die angemeldete Menge dann sofort abzunehmen.

Wilhelmshaven, den 23. April 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Die für die Zeit 21.—30. April gültigen allgemeinen, wie auch die auf Grund **ärztlicher Bescheinigung** ausgegebenen Butterkarten werden **je zur Hälfte mit Butter und Margarine** beliefert.

Wilhelmshaven, den 19. April 1918.

Städtisches Lebensmittelamt.

Schortens.

Warenverteilung

am Mittwoch, den 24. April d. J., in sämtlichen Verteilungsstellen auf Lebensmittelkarten Nr. 12 (abtrennen) Sauerkohl, ferner auf Nr. 13 ½ Pfd. Käse. Vom Käse sind Fettselbstversorger zum Bezuge ausgeschlossen. [574

Schortens, 21. April 1918.

Die Lebensmittel-Kommission.
Oltmanns, Beig.

Flaschen

als **Wein- und Sektflaschen** sowie **Papierabfälle** kauft zu höchsten Preisen
6723] **Hädecke,** Marktstr. 38.

Landesbibliothek Oldenburg